

// Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz

Eine Bilanz des ersten Corona-Jahres

// **Redaktion:** Dominik Enders,
Max Gerlach und Melissa Kinner
für die Mobile Beratung
gegen Rechtsextremismus
in Rheinland-Pfalz

// **Titelfoto:** Kai Schwerdt

// **Lektorat:** Niklas Wunsch

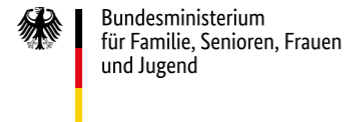
// **Design:** Mira Manns-Szczublewski
www.miramanns.de

// **Herausgeber:**
DGB Region Koblenz
Moselring 5-7a
56068 Koblenz

// **V.i.S.d.P.:**
S. Hebeisen
DGB Region Koblenz
Moselring 5-7a
56068 Koblenz
Email: koblenz@dgb.de
Fax: 0261 - 30306-20

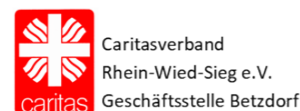


Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Inhalt

02-03

Grußwort

von Stephan Bundschuh, Professor an der Hochschule Koblenz

04-05

Einleitung

von Dominik Enders, Max Gerlach, Melissa Kinner

06-07

Karte: Gegenwärtiger Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz

08-13

**Mehr gesellschaftliche Resonanz und Entschlossenheit zur Gewalt –
Rheinland-pfälzischer Rechtsextremismus im ersten Jahr der Pandemie**

von Max Gerlach

14-23

**Die Seuche, das sind die Anderen – Autoritäre Corona-Protteste
in Rheinland-Pfalz** von Max Gerlach und Niklas Wunsch

24-31

Autorität verspricht Zugehörigkeit und Macht

Interview mit Katrin Henkelmann und Andreas Stahl

32-35

„Rechtsextreme Morde sollen offiziell anerkannt werden“

Interview mit der *Initiative Kein Vergessen* aus Koblenz

36-38

**Rechtsextremismus im Internet – 24/7 Mobilisierungs-,
Rekrutierungs- und Propagandaplattform**

Interview mit jugendschutz.net

39-42

Rechtsextreme Gamer:innen

Interview mit Matthias Köberlein

43-45

„Bedrohungslisten sind Bestätigung und Ansporn weiterzumachen“

Interview mit Sebastian Böckmann von der *Rheinpfalz*

46-47

„Wir wollen Schüler_innen Mut zusprechen, sich aktiv einzumischen“

Interview mit Thomas Mettin vom *Netzwerk für Demokratie und Courage*

48-49

Dem erstarkenden Rechtsextremismus entgegenwirken

– Eine Bilanz der Mobilen Beratung von Dominik Enders

50-52

Kontaktdaten



Grußwort



Prof. Dr. Stephan Bundschuh
Hochschule Koblenz

Kritisch und sozial statt rassistisch und „normal“

Die Corona-Pandemie deckt es auf: Die bestehenden Ungleichheitsverhältnisse verstärken sich. Weltweit zeigen Pandemie und Klimakrise, dass alle Menschen zwar „im selben Boot sitzen“, aber die Plätze, die sie einnehmen, sehr verschieden sind. Während manche sich sonnen und den Kurs angeben, sind andere gezwungen zu rudern, manche gehen dabei ganz über Bord. Die Boots-Metapher zeigt zugleich Wahrheit und Lüge der existenziellen Gleichheit aller Menschen. Alle teilen das Schicksal des Planeten, aber erleiden es unter sehr verschiedenen sozialen Umständen. Richtig ist, dass Virus-Pandemie und Klimakrise nur gemeinsam zu meistern sind. Nicht aber der Lebensstil der Armen und Entrechteten verbreitet das Virus und zerstört die Umwelt. Dafür sind maßgeblich die Profiteure der aktuellen Weltordnung mit ihrer ökonomischen Wachstumsideologie verantwortlich. Diese gilt es auszuhebeln, und zwar durch konsequente Solidarität mit den Armen und Bedürftigen weltweit. Die Rückkehr zur „Normalität“, wie sie die AfD auf ihrem Parteitag gerade forderte, wäre mitnichten die Lösung, es ist nur die brutal-verbrämte Variante des Weiter-So. Die von ihr beschworene Normalität ist eine Normalität der Ausgrenzung, der Ungleichwertigkeit, des nationalistischen Chauvinismus, der Geschlechterungleichheit, des Rassismus, der Holocaust-Leugnung und -Verharmlosung. Sie bedeutet die Festigung von Klassenschranken, das Beharren auf der Ungleichbehandlung der Geschlechter und die Insistenz auf einer Leitkultur, die entscheidet, wer zu Deutschland gehört und wer nicht.

Dagegen steht eine Politik, die die benachteiligenden sozialen Differenzen, die allerorten anzutreffen sind, strikt kritisiert und ihre Abschaffung im kleinen und großen Maßstab verlangt. Scharfe Ungleichheiten und Ungleichbehandlungen sind zwischen und innerhalb von Kontinenten, zwischen und innerhalb von Ländern, zwischen und innerhalb von Familien zu finden. Der Internationale Währungsfonds „warnt“, dass die Corona-Krise die globale Ungleichheit verschärfe. Die Jugendämter stellen fest, dass häusliche Gewalt – die vorrangig männliche Gewalt gegen Frauen und Kinder ist – während der Pandemie rapide zugenommen hat. Für Ausbruch und Verbreitung der Pande-

mie sind die globalen Vernetzungen der Weltökonomie verantwortlich. Diese ist nicht als solche, sondern in ihrer Ausbeutungs- und Abhängigkeitsstruktur zu kritisieren. Für die Klimakrise ist nicht die wachsende Zahl von Menschen verantwortlich, sondern die globalen kapitalistischen Wachstumsexzesse, die postkoloniale Ausbeutung von Natur und Mensch und die soziale Ungleichbehandlung der Geschlechter sind Ursachen des Raubbaus an Mensch und Natur. Notwendig sind Ideen und Politiken für eine Postwachstumsgesellschaft und die Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums.

Was aber schlägt die Rechte vor? Ihr Kampf gegen „das System“ ist ein Kampf gegen das, was über „das System“ im progressiven Sinne hinausweist. Ihr Kampf ist ein Kampf für die Einfrierung der gegenwärtigen Weltordnung, besser noch ein Zurückdrehen zugunsten einer europäisch-nationalistischen Dominanz kapitalistischer Weltwirtschaft. Rassismus, Antisemitismus und andere Ungleichwertigkeitsideologien sind Instrumente zur Rechtfertigung und Stabilisierung der Welt-Ungleichheitsordnung.

Dieser Kampf wird unerbittlich auch im Innern geführt und zwar mit allen Mitteln und auf allen Ebenen. Es hat sich gezeigt, dass zur Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements gegen rechts und zur Stützung von und Solidarisierung mit Betroffenen professionelle Strukturen, wie sie beispielsweise die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus bietet, unumgänglich sind. Ihre Beratung von engagierten Personen, Organisationen und Kommunen und die konkrete Hilfe zur Selbsthilfe, die sie vor Ort anbieten, sind seit nunmehr fast 30 Jahren ein bundesweites Erfolgsmodell, so auch in Rheinland-Pfalz.

Ein Teil ihrer Aktivitäten – zum Beispiel Vorträge und Workshops – fällt in den Bereich der politischen Bildung, die sich mit rechten Fragestellungen und Antworten auseinandersetzen muss. Die politische Bildung muss aber auch vorausdenken und alternative, offene Vergesellschaftungsformen diskutieren. Sie hat die großen Probleme nicht zu beheben, sie aber zum Thema zu erheben. Und dafür steht mittlerweile viel Werkzeug zur Verfügung (siehe www.vielfalt-mediathek.de). Grundlegend bleibt die Aufgabe der Vermittlung von politischem, sozialem und historischem Wissen. Ohne solches Wissen bleibt Bildung, die mehr ist als Wissen, leer und aufgeblasen. Bloßes Wissen aber verkommt allzu schnell zu borniertem Bescheidwissen über alles und jedes ohne einen Wissensgrund. Dafür stehen solch sinnfreie Medienformate wie „Wer wird Millionär?“, wo jedes kontextuelle, verbindende Wissen unterbunden wird. Politische Bildung dagegen hat den zeitlichen und räumlichen Horizont einer gerechtigkeitsorientierten Gesellschaft zu umreißen. Meisterhaft gelingt dies aktuell Sharon Dodua Otoo in ihrem Roman „Adas Raum“, in dem sie zwanglos Ereignisse aus der portugiesischen Kolonialzeit, dem englischen Industriezeitalter, dem deutschen Nationalsozialismus und dem heutigen Berlin verwebt und zeigt, wie Subalterne sich in den widrigsten Umständen als Personen behaupten, auch wenn es ihnen nicht notwendig gelingt, ihr Leben zu behaupten. Der pessimistische Blick in die Geschichte weicht einer – fragilen – Zukunft in der Gegenwart. Diese fragile Hoffnung auf eine weniger gewaltvolle Zukunft gilt es gegen rechts zu behaupten.

Einleitung

Diese Broschüre soll dazu beitragen, die Gegenwart des Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz abzubilden, und Interessierten einen kompakten Überblick über das Corona-Jahr 2020 geben. Denn wer Rechtsextremismus bekämpfen will, muss zunächst seine weltanschaulichen Grundpfeiler, organisatorischen Strukturen, dynamischen Veränderungen und Bezüge zur Gesellschaft verstehen. In den Beiträgen konzentrieren wir uns auf Parteien und Kameradschaften und legen einen Schwerpunkt auf die Aktivitäten und Strukturen gegenwärtiger Akteur:innen.

Der Komplexität des Gegenstandes ist geschuldet, dass einige Aspekte zu kurz kommen müssen. Nur am Rande betrachten wir rechtsextreme Bands, Geschäfte und Fanszenen im Sport. Weitgehend unberücksichtigt bleiben Bezüge rheinland-pfälzischer Akteur:innen zu anderen Bundesländern.

Was ist Rechtsextremismus?

Der Begriff „Rechtsextremismus“ bezeichnet Weltanschauungen, die von der kategorialen Ungleichheit und Unfreiheit von Menschen ausgehen. Gängige Ausprägungen auf dieser Einstellungsebene sind unter anderem Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie, ein völkisches Nationalverständnis, der Zwang zur autoritären Unterordnung und Militarismus. Vor diesem ideologischen Hintergrund schreiten Rechtsextreme zur politischen Praxis. Auf der Verhaltensebene drückt sich Rechtsextremismus beispielsweise aus durch das Wählen rechtsextremer Parteien, die Mitgliedschaft in rechtsextremen Vereinigungen oder die Durchführung entsprechender politischer Aktivitäten vom Verbreiten von Propaganda über die Organisation von Veranstaltungen bis hin zu Gewalt und Terrorismus. Rechtsextreme Akteur:innen sind also nicht nur Neonazis, sondern auch sogenannte Reichs- und Wutbürger:innen oder Rechtspopulist:innen, weil sie zentrale rechtsextreme Überzeugungen teilen.

Gleichwohl ist „Rechtsextremismus“ ein umstrittener Begriff. Er legt zum einen fälschlicherweise nahe, Ideen von Ungleichheit und Unfreiheit wären allein ein randständiges Problem, und entlastet so die politische „Mitte“ im Voraus von ihrer Verantwortung. In dem Begriff schwingt zum anderen die Unterstellung mit, ein linker Extremismus bedrohe als zweite Spielart eines generellen Extremismus die Demokratie. Wer so verallgemeinernd über politische Phänomene spricht, betrachtet kaum noch konkrete Einstellungs- und Verhaltensebenen und erschwert damit ohne Not die gewissenhafte Auseinandersetzung mit den realen Bedrohungen.



Zum Weiterlesen: Salzborn, Samuel (2020): Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, 4., aktualisierte und erweiterte Auflage, Baden-Baden: Nomos.



Zwecks Sichtbarkeit aller Geschlechter gendern wir unsere eigenen Beiträge. Äußerungen von Gastautor:innen und Interviewpartner:innen können davon abweichen.

Die Bilanz des Corona-Jahres

Diese Ausgabe der *inforex* handelt von den aktuellen Erscheinungen des Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz. Eine **Karte über Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz** zeigt eine Übersicht über aktive rechtsextreme Gruppen und ausgewählte Vorfälle der letzten beiden Jahre. Wie sich die rechtsextremen Akteur:innen im Jahr 2020 verhielten, beschreibt Max Gerlach in seinem Beitrag **„Mehr gesellschaftliche Resonanz und Entschlossenheit zur Gewalt“**. In ihrem Artikel **„Die Seuche, das sind die Anderen“** behandeln Max Gerlach und Niklas Wunsch die momentan besonders virulenten autoritären Corona-Proteste.

In einem Interview unter dem Titel **„Autorität verspricht Zugehörigkeit und Macht“** erläutern Katrin Henkelmann und Andreas Stahl, warum Rechtsextremismus für Menschen so attraktiv sein kann. Dazu beziehen sie sich auf das sozialpsychologische Konzept des autoritären Charakters, zu dessen Aktualität beide 2020 einen wissenschaftlichen Sammelband mitherausgegeben haben. Das populäre Buch geht zurück auf eine Vortragsreihe von 2018 in Trier, bei der das Phänomen bereits mannigfaltig diskutiert wurde.

Im Gespräch mit Expert:innen widmen wir uns sodann vertiefend solchen Themen, die das Corona-Jahr wesentlich geprägt haben. **„Rechtsextreme Morde sollen offiziell anerkannt werden“**, fordert die *Initiative Kein Vergessen* aus Koblenz im Interview und gibt Auskunft über ihre Erinnerungsarbeit. Ein Vertreter von jugendschutz.net erläutert die Bedeutung des Internets als **ständige Mobilisierungs-, Rekrutierungs- und Propagandaplattform**. Matthias Köberlein spricht im Interview über **rechtsextreme Gamer:innen** und frauenfeindliche „Incels“. Sebastian Böckmann von der *Rheinpfalz* erläutert den Umgang der Tageszeitung mit Rechtsextremismus und warum sie nicht zurückweicht: **„Bedrohungslisten sind Bestätigung und Ansporn weiterzumachen“**.

Schließlich thematisiert die Broschüre Handlungsoptionen für Demokrat:innen. **„Wir wollen Schüler_innen Mut zusprechen, sich aktiv einzumischen“**, sagt Thomas Mettin über die Arbeit des *Netzwerks für Demokratie und Courage*, das seit vielen Jahren an Schulen gegen Rechtsextremismus arbeitet. Und Dominik Enders bilanziert in seinem abschließenden Beitrag **„Dem erstarkenden Rechtsextremismus entgegenwirken“** die Arbeit der *Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus* im Corona-Jahr 2020.

Dominik Enders, Max Gerlach, Melissa Kinner



Möglich gemacht haben diese Broschüre auch viele namentlich unerwähnte zivilgesellschaftliche Initiativen, antifaschistische Gruppen und Rechercheur:innen, die ihre Erkenntnisse häufig unter hohem persönlichen Einsatz gewonnen und teils gegen Widerstände an die Öffentlichkeit gebracht haben. Vielen Dank dafür!

Auf diese Ergebnisse beziehen wir uns in den Beiträgen ebenso wie auf öffentlich zugängliche staatliche Informationen, Presseartikel und eigene Recherchen.

// Gegenwärtiger Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz

1 // Razzia beim Ku-Klux-Klan: Im Januar 2019 durchsuchte die Polizei bundesweit Wohnungen von Mitgliedern des *Ku-Klux-Klan* - auch die eines Paares aus Mayen. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart wirft ihnen unter anderem unerlaubten Waffenbesitz vor.





7 // Razzia bei Waffenhändler aus Reichsbürger-Szene: Die Polizei durchsuchte im März 2019 in Kordel die Wohn- und Geschäftsräume eines Waffenhändlers. Gegen den Mann, der der *Reichsbürger*-Szene zugerechnet wird, waren Waffenbesitzverbote ausgesprochen worden. Der Aufforderung, seine Waffen freiwillig abzugeben, war er nicht nachgekommen.

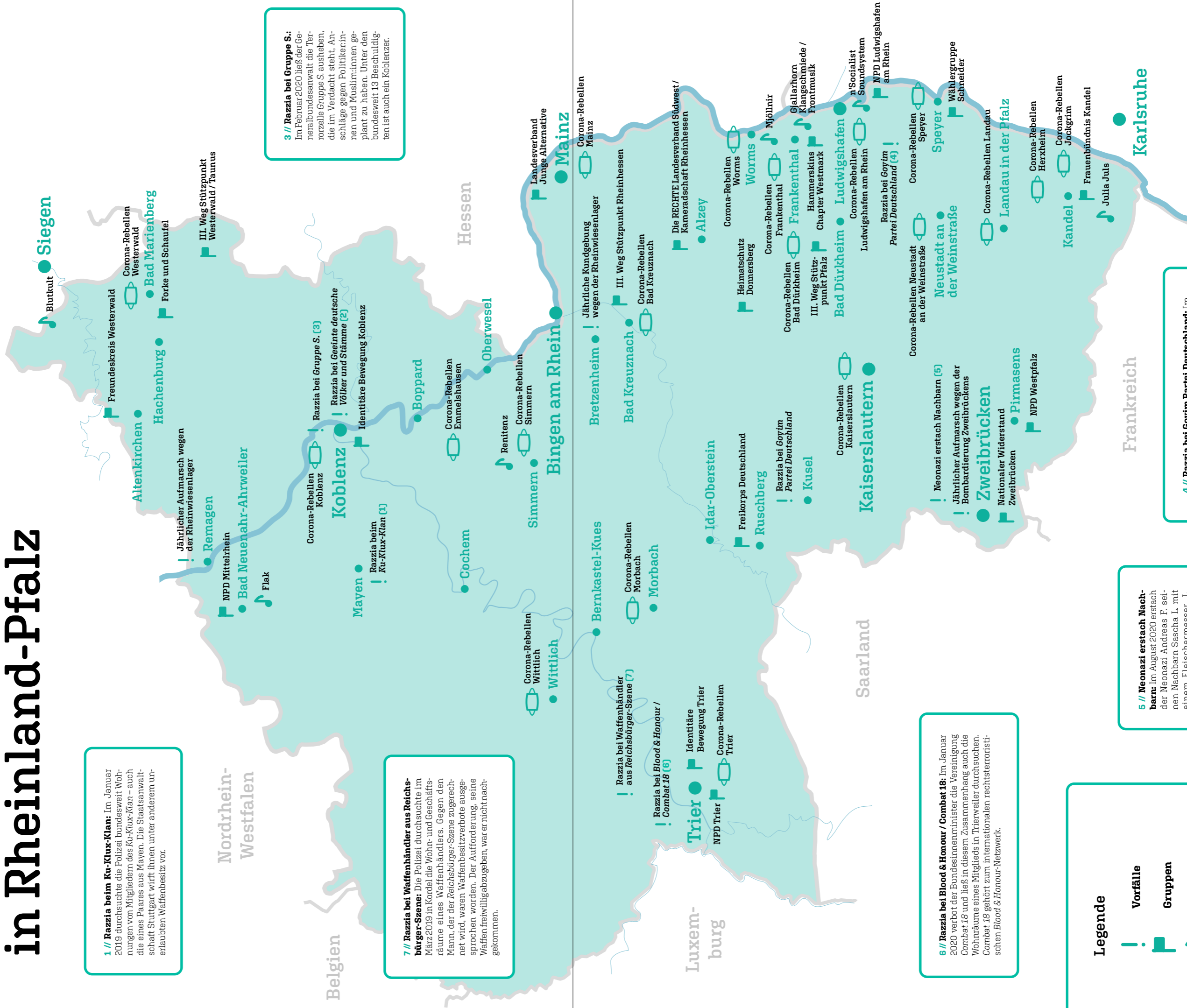
2 // Razzia bei Geiente deutsche Völker und Stämme: Bei einer Razzia in Koblenz stellte die Polizei im März 2020 die Schrotflinte eines Mitglieds des *Reichsbürger*-Vereins *Geiente deutsche Völker und Stämme* sicher. Der Bundesinnenminister hatte den Verein verboten. Es gab Razzien bei 21 Mitgliedern in 10 Bundesländern.

3 // Razzia bei Gruppe S: Im Februar 2020 ließ der Generalbundesanwalt die Terrorzelle *Gruppe S* ausheben, die im Verdacht steht, Anschläge gegen Politiker:innen und Muslim:innen geplant zu haben. Unter den bundesweit 13 Beschuldigten ist auch ein Koblenzer.

6 // Razzia bei Blood & Honour / Combat 18: Im Januar 2020 verbot der Bundesinnenminister die Vereinigung *Combat 18* und ließ in diesem Zusammenhang auch die Wohnräume eines Mitglieds in Trierweiler durchsuchen. *Combat 18* gehört zum internationalen rechtsterroristischen *Blood & Honour*-Netzwerk.

Legende

-  Vorfälle
-  Gruppen
-  Musik
-  Corona-Rebellen



Frankreich

Karlsruhe

4 // Razzia bei Goyim Partei Deutschland: Im Juli 2020 durchsuchte die Polizei in Ludwigshafen und dem Kreis Kusel die Wohnungen zweier Anhänger der *Goyim Partei Deutschland*. Die bundesweit tätige antisemitische Vereinigung hatte zur Tötung von Jüdinnen aufgerufen.

5 // Neonazi erstach Nachbarn: Im August 2020 erstach der Neonazi Andreas F. seinen Nachbarn Sascha L. mit einem Fleischermesser. L. hatte zuvor die Wohnung des mutmaßlichen Täters F. betreten, um dort einen Streit zwischen ihm und seiner Mutter zu schlichten.

6 // Razzia bei Blood & Honour / Combat 18: Im Januar 2020 verbot der Bundesinnenminister die Vereinigung *Combat 18* und ließ in diesem Zusammenhang auch die Wohnräume eines Mitglieds in Trierweiler durchsuchen. *Combat 18* gehört zum internationalen rechtsterroristischen *Blood & Honour*-Netzwerk.

Baden-Württemberg

// Mehr gesellschaftliche Resonanz und Entschlossenheit zur Gewalt

Rheinland-pfälzischer Rechtsextremismus im ersten Jahr der Pandemie

von Max Gerlach



Andreas F. hält 2019 ein Transparent des *Nationalen Widerstands Zweibrücken* (Foto: Kai Schwerdt)

Sascha L. stirbt im August 2020 an einem Stich mit einem 20 Zentimeter langen Fleischermesser in seine Brust. Momente vorher hat L. das Haus seines 34-jährigen rechtsextremen Nachbarn Andreas F. in Zweibrücken betreten, nachdem dieser in einem lautstarken Streit ge-

genüber seiner eigenen Mutter handgreiflich geworden sein soll. Mit seiner blutenden Wunde hat sich L. hinaus auf die Straße geschleppt, dort stirbt er in den Armen seines Band-Kollegen Andreas M., noch bevor die Rettungskräfte eintreffen.

F. wird die Tat später einräumen, sagen, er habe in Notwehr gehandelt. L. hinterlässt eine Frau, zwei schulpflichtige Kinder und trauernde Kolleg:innen beim *Deutschen Roten Kreuz*.

Das Leben des mutmaßlichen Täters F. ist geprägt vom Rechtsextremismus: Viele Jahre lang beteiligte er sich an Veranstaltungen der Neonazi-Szene wie Kundgebungen, Aufmärschen, „Heldengedenken“ zum Volkstrauertag und Spaziergängen der *Saarländer gegen Salafisten*. Zeitweise war er eng verbunden mit dem *Nationalen Widerstand Zweibrücken*. Andreas F. werden seine Jahre in der rechtsextremen Szene, die allgegenwärtige Gewaltbereitschaft und die stetige Geringschätzung des Lebens geprägt und radikalisiert und die Hemmschwelle zu seiner Tat herabgesetzt haben. Die für den Rechtsextremismus wesentliche Missachtung der menschlichen Freiheit und Gleichheit zeichnet den Weg zur Gewalt vor. Das Landgericht Zweibrücken verurteilt ihn im Februar 2021 zu sechs Jahren Haft, stellt aber kein politisches Motiv fest. Gegen das Urteil geht F. in Revision.

Bereits daran wird deutlich: Rechtsextremismus ist auch in Rheinland-Pfalz ein präsent Problem, das die Aufmerksamkeit der Demokrat:innen erfordert. Wie sich der Rechtsextremismus im Jahr 2020 in Rheinland-Pfalz darstellt, soll im Folgenden aufgezeigt werden.

„Corona-Rebellen“: Mit Rechtsextremen gegen die angebliche Corona-Diktatur

Corona-Rebellen tragen auch in Rheinland-Pfalz ihren Protest gegen die staatlichen Maßnahmen, mit denen sie die Diktatur kommen sehen, auf die Straße. Unter den Demonstrierenden sind immer wieder auch Neonazis und Anhänger:innen der AfD. Verschwörungsmymen und andere rechtsextreme Narrative gewinnen an Verbreitung. Einen medial beachteten Höhepunkt stellt die Rede des baden-württembergischen AfD-Landtagsabgeordneten Stefan Räßle dar, der bei einer Kundgebung am 26. September in Mainz zum gewaltsamen Umsturz der Regierung aufruft.

Daraufhin wird er aus der AfD-Fraktion ausgeschlossen. Diese Kundgebung ist 2020 eine von mindestens 183 Versammlungen der heteroge-

nen Bewegung der *Corona-Rebellen*. Schwerpunkte der Aktivitäten liegen im Westerwald, in Koblenz, Wittlich, Mainz, Kaiserslautern und Landau.

Razzien bei bundesweit vernetzten Rechtsextremen

Mehrfach durchsucht die Polizei im Jahr 2020 die Wohnungen Rechtsextremer, die in bundesweite Netzwerke eingebunden sind. Im Januar verbietet der Bundesinnenminister die Vereinigung *Combat 18* und lässt in diesem Zusammenhang auch die Wohnräume eines Mitglieds aus Trierweiler durchsuchen. Im Februar durchsucht die Polizei Häuser von Mitgliedern des umstrittenen Vereins *Uniter*, der im Vorfeld durch paramilitärisch anmutende Übungen aufgefallen ist.

Insgesamt werden fünf Objekte bei insgesamt vier Personen in Bayern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz sowie Hessen durchsucht. Ebenfalls im Februar lässt der Generalbundesanwalt die mutmaßliche Terrorzelle *Gruppe S* verhaften, die im Verdacht steht, Anschläge gegen Politiker:innen sowie Muslim:innen geplant zu haben. Unter den bundesweit 13 Beschuldigten ist auch ein Rheinland-Pfälzer aus Koblenz.

Bei einer anderen Razzia in Koblenz stellt die Polizei im März die Schrotflinte eines Mitglieds des *Reichsbürger-Vereins Geeinte deutsche Völker und Stämme* sicher. Der Bundesinnenminister hat auch diesen Verein verboten, es gibt Razzien bei 21 Mitgliedern in 10 Bundesländern. Im Juli durchsucht die Polizei in verschiedenen Bundesländern und den Niederlanden die Wohnungen mehrerer Anhänger:innen der *Goyim Partei Deutschland*. Darunter sind auch zwei Personen aus Ludwigshafen und dem Kreis Kusel. Die antisemitische Vereinigung rief zur Tötung von Jüd:innen auf.



Einen ausführlichen Beitrag zu den Corona-Protesten finden Sie in dieser Broschüre ab Seite 14.



Klaus Armstroff spricht in Kaiserslautern zu Anhänger:innen (Foto: Kai Schwerdt)

„Der III. Weg“ bindet Mitstreitende an sich

Geografische Schwerpunkte der neonazistischen Partei *Der III. Weg* liegen in Rheinhessen, der Pfalz, wo der Parteivorsitzende Klaus Armstroff lebt, und insbesondere im Westerwald. Die Partei ist international vernetzt, reist beispielsweise im Dezember 2019 nach Lettland, Estland und Finnland. Sie organisiert vor allem nach innen gerichtete Veranstaltungen, wie Wanderungen im Wald (teils mit Kindern), Kampfsporttrainings und Gedenken an Kriegsgräberstätten, wodurch Mitstreiter:innen langfristig gebunden werden sollen. An die Öffentlichkeit wendet sich die Partei etwa mit dem Verteilen von Flugblättern und einer Kundgebung im Juni in Kaiserslautern. Mit über 60 Teilnehmenden aus verschiedenen Bundesländern ist es eine der größten öffentlichen neonazistischen Versammlungen in Rheinland-Pfalz in diesem Jahr.

„Die Rechte“ und der „Nationale Widerstand Zweibrücken“ halten Versammlungen ab

Der „Landesverband Südwest“ der Partei *Die Rechte* tritt teils auch als *Kameradschaft Rheinhessen* auf und demonstriert häufig gemeinsam mit dem *Nationalen Widerstand Zweibrü-*

cken. Kundgebungen finden 2020 unter anderem in Zweibrücken, Alzey, Wörrstadt, Wöllstein, Rockenhausen, Kirchheimbolanden, Eisenberg, Contwig, Pirmasens, Kaiserslautern und – allein hier fünf Mal – in Ingelheim statt.

Selten beteiligen sich mehr als ein Dutzend Personen. Die Versammlungen richten sich häufig gegen Geflüchtete, Migrant:innen sowie die Alliierten oder haben das öffentliche Zeigen der Reichsflagge oder das Gedenken an den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß zum Thema.

Eine Ausnahme von den vergleichsweise schwach besuchten Versammlungen stellt die jährliche Demonstration im November in Remagen dar. Hier marschieren dieses Jahr 90 Neonazis aus Westdeutschland unter organisatorischer Federführung der Partei *Die Rechte* aus Nordrhein-Westfalen und zusammen mit einzelnen NPD-Aktivist:innen auf. In Rheinland-Pfalz lässt sich eine Annäherung von *Die Rechte* und NPD beobachten, was sich besonders deutlich an einer Versammlung in Worms zeigt.

NPD präsent im südlichen Rheinland-Pfalz

In Worms findet mit dem „Tag der deutschen Zukunft“ eine für die bundesdeutsche Neonazi-Szene wichtige Demonstration statt. Gemeinsam mit der Partei *Die Rechte* bringt die NPD knapp 60 Personen auf die Straße.

Die Aktivitäten der NPD konzentrieren sich auf die Westpfalz, Worms und Trier. Eine „Frauenwanderung“, eine Feier zur Sommersonnenwende und ein Grillfest mit dem rechtsextremen Musiker Frank Rennie sollen Mitstreiter:innen an die Partei binden. Mit Flugblattverteilungen, kleineren Kundgebungen wie der vor der US-Airbase in Ramstein und Aktionen wie dem demonstrativen Besuch der Wormser Synagoge am 9. November tritt die Partei in die Öffentlichkeit. In Trier stellt ihr Vorsitzender in Stadtratssitzungen provozierende Fragen und führt Klagen gegen die Stadt, beispielsweise gegen die corona-bedingte Maskenpflicht in der Innenstadt sowie die Stadtratswahl.



Neonazis ziehen am „Tag der deutschen Zukunft“ durch Worms (Foto: Kai Schwerdt)

Gemeinschaftsstiftende rechtsextreme Musik

Neben Rennie spielt dieses Jahr trotz Corona auch die Band *Renitenz* auf Einladung des *Nationalen Widerstands* im April in Zweibrücken. Für Oktober ist ein Liederabend mit *F.I.E.L.* in der Pfalz angekündigt. Die rechtsextreme Kameradschaft *Freundeskreis Westerwald* gibt an, im Westerwald ein Konzert mit der Band *Heureka* veranstaltet zu haben. Die ebenfalls aus dem Westerwald kommende Band *Blutkult* bringt in diesem Jahr drei CDs gemeinsam mit den Bands *Celtic Dance*, *Maléfice* und *Division Hagal* heraus. Die Wormser Band *Mjölnir* nimmt ein neues Album auf.

Die „Identitäre Bewegung“ verbreitet Propaganda

Die *Identitäre Bewegung* ist in den Großregionen Trier und Koblenz präsent. Besonders in Trier sind führende Aktivisten überregional gut vernetzt, etwa mit dem *Institut für Staatspolitik* in Schnellroda (Sachsen-Anhalt) um den neurechten Vordenker Götz Kubitschek. Im Februar besteigen Aktivist:innen in Trier beispielsweise die 5,50 Meter hohe Karl-Marx-Statue, um dort ein Plakat anzubringen. Die öffentlich bekannt gewordenen Aktivitäten der *Identitären Bewegung* beschränken sich 2020 in Rheinland-Pfalz auf Info-Tische, das Verkleben von Stickers und das Aufhängen von Bannern.

„Frauenbündnis Kandel“ ist weiterhin aktiv und radikalisiert sich

Nachdem der afghanische Geflüchtete Abdul D. im Dezember 2017 seine deutsche Ex-Freundin Mia V. erstochen hat, marschieren in Kandel immer wieder Neonazis, Hooligans und andere Rassist:innen auf.

Auch nach dem Freitod des verurteilten Täters im Oktober 2019 bleiben die Protagonist:innen vom *Frauenbündnis Kandel* aktiv, organisieren auch 2020 weitere Versammlungen – nun häufig zum Thema Corona – und schreiben umtriebig in den sozialen Netzwerken. Besonders der Gründer des Bündnisses, Marco Kurz, sucht mit Versammlungen im ersten Halbjahr immer wieder die Öffentlichkeit. Wegen einer Drohung gegen eine Richterin lässt der Generalstaatsanwalt im Februar seine Wohnung durchsuchen.

Im zweiten Halbjahr gerät eine Person vom Frauenbündnis wegen ihrer Tätigkeit als Lehrerin in die Schlagzeilen. Weil auch die *Rheinpfalz* kritisch über den Fall berichtet, halten Unterstützer:innen der Frau zahlreiche kleine

Versammlungen vor dem Gebäude der Tageszeitung ab. Zwei kritischen freien Journalist:innen drohte das Bündnis bereits im Mai, sie würden „bald ihren Richter finden“.

Propaganda, Drohungen und Gewalt – Beispiele für alltäglichen Rechtsextremismus

Rechtsextreme Vorfälle gibt es im gesamten Land. Besonders Propaganda, etwa in Form von gemalten Hakenkreuzen, rechtsextremen Sprüchen und Symbolen sowie Aufklebern, findet sich allorts. Hervor sticht ein Fall aus dem Landkreis Ahrweiler: Die Ortsgemeinde Kempenich erstattet Anzeige, nachdem unter rechtsextremen Aufklebern Rasierklingen gefunden wurden. In Westhofen beleidigt eine Frau einen Polizisten rassistisch wegen seiner Hautfarbe. Ministerpräsidentin Malu Dreyer sieht sich einem rechtsextremen „Shitstorm“ ausgesetzt, weil sie sich bei Facebook für die Aufnahme von Geflüchteten aus dem Camp Moria ausspricht. Ebenfalls im Internet bedrohen Rechtsextreme eine „Oma gegen Rechts“, nachdem sie im Fernsehen aufgetreten ist. We-



Frauenbündnis-Anhänger:innen versammeln sich zur Kundgebung in Kandel (Foto: Max Gerlach)

gen Hasskommentaren mit Bezug zum ermordeten Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke durchsucht die Polizei bundesweit die Wohnungen von 40 Beschuldigten, darunter auch die zweier Männer aus Kaiserslautern und Mayen.

Mehrere Landauer stehen als potenzielle Anschlagssziele auf der rechtsextremen Terrorliste „Nürnberg 2.0“. Im Wittlicher Industriegebiet legen Unbekannte einen Schweinekopf auf dem Parkplatz einer Lackiererei ab und sprühen darauf den Schriftzug „NSU“, die Abkürzung der rechtsextremen Terrorgruppe *Nationalsozialistischer Untergrund*. In Pirmasens beleidigt ein 32-Jähriger eine 17-Jährige rassistisch, stößt sie zu Boden und tritt ihr zusammen mit seiner 35-jährigen Begleiterin gegen den Oberkörper.

2020: Die Verbreitung des Rechtsextremismus

Auch für Rechtsextreme ist die Corona-Pandemie das dominierende Thema im Jahr 2020. Ihre Narrative fallen unter vielen *Corona-Rebellen* auf fruchtbaren Boden, was die gesellschaftliche Resonanz für rechtsextreme Ideen erheblich begünstigt. Im Protest verbinden sich Milieus, die vorher nicht gemeinsam auf den Straßen der Republik zu sehen waren; Rechtspopulist:innen sind bereits integraler Bestandteil dieser Verbindung.

Ob auch Rechtsextreme direkt davon profitieren können, ist derzeit offen. In Rheinland-Pfalz sind die rechtsextremen Akteur:innen zersplittert. Doch nach der Finanz- und der „Flüchtlingskrise“ ist mit der Corona-Krise nun der nächste historische Moment gekommen, der dem Rechtsextremismus dauerhaft Auftrieb geben könnte.

Unbeirrt setzen rechtsextreme Parteien und Gruppierungen ihre Aktivitäten fort, werben um neue Mitstreiter:innen und strahlen trotz – oder gerade wegen – der Pandemie Präsenz aus. Manche werden bereits den „Tag X“ näher gerückt sehen, an dem das demokratische System zusammenbrechen soll und Neonazis die Macht im Staat an sich reißen wollen. Die polizeilichen Razzien sind auch ein Signal an die Szene, dass der demokratische Staat in der Pandemie handlungsfähig bleibt. Sie verdeutlichen



Neonazis hoffen wegen der Corona-Pandemie auf Auftrieb (Foto: Kai Schwerdt)

einmal mehr das terroristische Gewaltpotenzial des Rechtsextremismus, das sich in der alltäglichen rechtsextremen Kriminalität bereits abzeichnet.

An der Tötung in Zweibrücken wird besonders klar, wie wichtig es ist, sich kontinuierlich gegen Rechtsextremismus einzusetzen. Rechtsextreme Sozialisierungen, wie jene von Andreas F., sollen sich nicht wiederholen.

Gefragt sind nicht nur die Sicherheitsbehörden, sondern auch eine aktive Zivilgesellschaft, die wachsam auf rechtsextreme Akteur:innen schaut und deren Handlungsspielräume einschränkt, bevor sie ihren inhumanen Überzeugungen Taten folgen lassen können.

//



Max Gerlach ist Teil der *Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz*.

// Die Seuche, das sind die Anderen

Autoritäre Corona-Proteste in Rheinland-Pfalz

von Max Gerlach und Niklas Wunsch

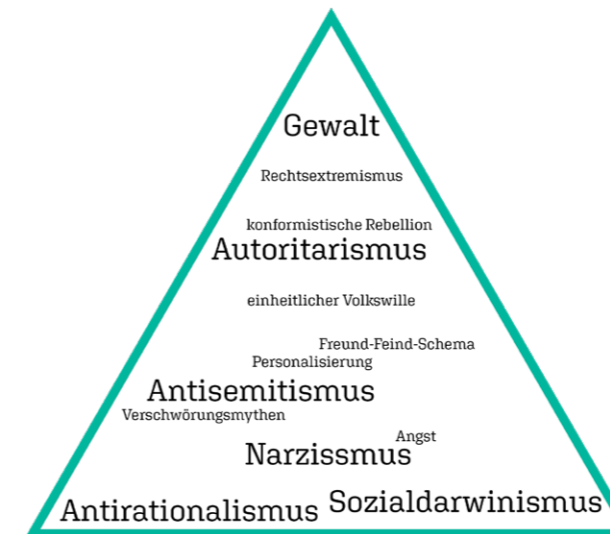


Aluhüte sind ein Symbol der Verschwörungsgläubigen. Graffito in Trier (Foto: Max Gerlach)

Verschwörungserzählungen, Fake News, Lügen: Auf die Corona-Pandemie folgt die „Infodemie“, die pandemische Verbreitung von Falschinformationen rund um das Virus und die staatlichen Gegenmaßnahmen. Nicht zuletzt in Internetforen finden sich Tausende von Menschen zusammen, die sich fortan *Corona-Rebellen* und *Querdenker* nennen und ihren Protest gegen den verordneten „Lockdown“ bald darauf auf die Straßen und Plätze der Republik tragen – vorgeblich im Namen von Grundrechten und Demokratie.



Berücksichtigt haben wir die Entwicklungen bis Mitte Januar 2021. Zur besseren Lesbarkeit verwenden wir das generische Femininum. Die ungedenderte Selbstbezeichnung „Corona-Rebellen“ übernehmen wir.

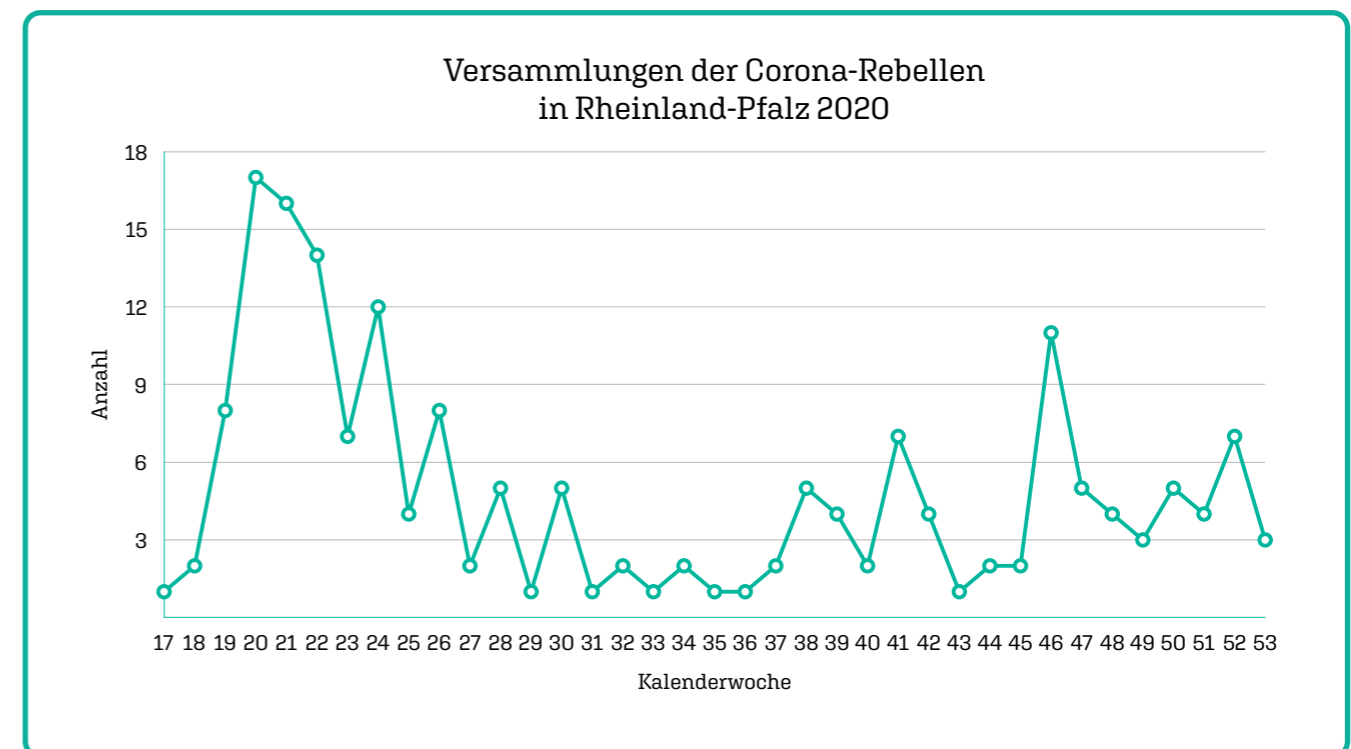


Kennzeichen der Corona-Rebellen (eigene Darstellung)

Drei Protest-Phasen

Auch in Rheinland-Pfalz gründen sich Regionalgruppen, die Mitte Mai ihren größten Zulauf bei unangemeldeten Spaziergängen und angemeldeten Kundgebungen haben (erste Phase), im Hochsommer aber nur noch einen

eingeschworenen Kreis von Unterstützerinnen mobilisieren (zweite Phase). Vorerst verlieren die *Corona-Rebellen* in der Fläche erheblich an Resonanz: teils, weil nicht wenige, die anfangs mitgelaufen sind, den Protesten jetzt fernbleiben, um sich von eindeutigem Rechtsextremismus abzugrenzen; sicher auch, weil mit den Lockerungen der Anti-Corona-Maßnahmen der konkrete Auslöser der Proteste wegfällt. Umso wichtiger sind nunmehr Großdemonstrationen wie beispielsweise jene im August in Berlin, an denen sich Zehntausende Personen aus ganz Deutschland beteiligen. Diese Versammlungen werden als Machtdemonstrationen inszeniert – so wird in sozialen Netzwerken etwa zu einem „Sturm auf Berlin“ aufgerufen, dies sogar explizit gegen ein zwischenzeitlich bestehendes Versammlungsverbot. In der medialen Öffentlichkeit kann diese Inszenierung dank umfangreicher Berichterstattung, nicht selten unter Übernahme der bisweilen martialischen Diktion, weithin ihre Wirkung entfalten. Tatsächlich dürfte ihre Wirkung nach innen noch bedeutsamer sein: Die *Rebellen* vergewissern sich selbst, noch immer Teil einer handlungsmächtigen Bewegung zu sein – auch wenn parallel ihre Handlungsfähigkeit in der Fläche abnimmt.



Eigene Darstellung ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Aufgenommen wurden 183 Versammlungen, die uns im Rahmen der Recherche bekannt wurden.

Ab Ende Oktober, pünktlich zur zweiten Corona-Welle und dem daraufhin dekretierten „Lockdown light“ im November, verzeichnen die Proteste wieder mehr Zulauf und ihre Aktiven weiten ihr Aktionsrepertoire aus (dritte Phase). Sie verteilen nun großflächig Flyer, klagen gegen Verordnungen zum verpflichtenden Tragen von Masken, veranstalten Autokorsos und finden sich erneut zu Versammlungen und Spaziergängen zusammen. Die Aktivitäten in Rheinland-Pfalz konzentrieren sich zunehmend auf Koblenz, Kaiserslautern, Landau und Wittlich. Für eine größere Attraktivität der Versammlungen sorgt der dank seinem Youtube-Kanal bundesweit bekannte Hals-Nasen-Ohren-Arzt Bodo Schiffmann mit seiner Teilnahme an Kundgebungen in Koblenz, Speyer, Bitburg und Landau.

An den Protesten nehmen Menschen aus verschiedenen Milieus mit unterschiedlichen Motivationen teil: Darunter sind um ihre Existenz besorgte Künstlerinnen, sogenannte Impfkritikerinnen, Globalisierungsgegnerinnen, Esoterikerinnen, evangelikale Christinnen, sogenannte Reichsbürgerinnen, Rechtspopulistinnen und Neonazis. In Bad Marienberg etwa werden die Proteste von Rechtsextremen organisiert, die für ihren *Pegida-Ableger Bekenntnis zu Deutschland* bekannt sind. Die narzisstische Überschätzung der eigenen Urteilskraft, der unbedingte Wille, sich in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu stellen, und Rücksichtslosigkeit gegenüber Schwachen und Kranken einen all die äußerlich so heterogen erscheinenden Demonstrantinnen.



Diesem *Corona-Rebellen* erscheint die Pandemie mit weltweit etwa zwei Millionen Toten im Jahr 2020 als gewöhnliche Grippewelle (Foto: Max Gerlach)

„Querdenken“ gegen die Realität

Vordergründig ist ihnen zunächst die Ablehnung der staatlichen Maßnahmen gegen die Pandemie gemeinsam. Einige sind in Sorge um die eigene wirtschaftliche Existenz, das gesellschaftliche Zusammenleben oder die Grundrechte. Solche berechtigten Befürchtungen müssen freilich demokratisch diskutiert werden. Dieser legitime Ansatz vermischt sich auf den Versammlungen der *Corona-Rebellen* jedoch mit hanebüchenen Verschwörungsmäthen, die die Ursachen der Krise erklären sollen. Dabei wird das Corona-Virus meist entweder als harmlose Grippe dargestellt oder sein Vorhandensein schlichtweg geleugnet – entgegen allen bisherigen Erkenntnissen der Wissenschaft, im Übrigen auch entgegen rationaler Alltagsbeobachtung des über die Presse in weiten Teilen verfolgbaren globalen Geschehens. Weiterhin behaupten die *Rebellen*, in Deutschland werde eine Diktatur errichtet, eine überzeugende Begründung dafür bleiben sie allerdings schuldig. Die Schutzmaske deuten sie gerne zum „Maulkorb“ zur Unterdrückung unliebsamer Meinungen um, wähen sich angelehnt an George Orwell in einer „Covid-1984“-Dystopie und beklagen etwa einen angeblichen Verlust von Meinungs- und Versammlungsfreiheit, während sie ebendiese regelmäßig lautstark und raumgreifend ausüben. Meinungsführer wie Ken Jebsen, Attila Hildmann und Bodo Schiffmann geben der Bewegung die Marschrichtung vor. Die AfD hinkte der Entwicklung anfangs hinterher; inzwischen ist sie auf den Kurs der *Rebellen* eingeschwenkt.

Vor sich her tragen die *Corona-Rebellen* einen Gestus des „Querdenkens“. Sie möchten sich nach eigenem Bekunden unter keinen Umständen eine politische Position vorgeben lassen – insbesondere nicht von den „Mainstream-Medien“. „Informiert Euch! Es ist Zeit zum Selberdenken!“, lautet der Appell auf einem Flugblatt, das in Trier verteilt wird. Sie trauen sich selbst und ihren Mitstreiterinnen offenkundig zu, die Lage umfassend zu beurteilen. Gemeinhin anerkannte Expertinnen wie den Virologen Christian Drosten halten sie für ebenso korrupt und manipulativ wie die Politikerinnen der etablierten Parteien. Was es ihrer Auffassung nach braucht, um die Wahrheit hinter deren Lügen zu erkennen, sind Informationen aus den richti-



Ein prominenter Slogan der Bewegung setzt Bill Gates an die Stelle der Aids-Seuche (Foto: Max Gerlach)

gen, also „alternativen“ Quellen sowie der altbekannte „gesunde Menschenverstand“. Das narzisstische Gefühl, die Wahrheit für sich gepachtet zu haben, verschafft ihnen emotionale Befriedigung. Freilich führt schon die Tatsache, dass die allermeisten unter ihnen letztlich dieselben kruden Thesen aus den immer gleichen zweifelhaften Quellen ohne jedwedes ernsthafte Hinterfragen übernehmen, das Mantra von der Eigenständigkeit des Denkens ad absurdum.

Sündenböcke und Feindbilder

Äußerst populär ist unter den Demonstrierenden die allgemeine Schuldzuweisung an den US-Milliardär und Microsoft-Gründer Bill Gates (mitunter auch an seine Ehefrau Melinda), der die angebliche Entwicklung des Virus in einem Labor finanziert haben soll. Über die Bill & Melinda Gates Foundation habe er die Weltgesundheitsorganisation (WHO), das in Deutschland für die Bekämpfung der Pandemie zuständige Robert-Koch-Institut, die „Mainstream-Medien“, ja eigentlich die ganze Welt unter seine Kontrolle gebracht. Nun wolle er die Pandemie zum Anlass nehmen, um den Bürgerinnen bei vermeintlich bevorstehenden Zwangsimpfungen heimlich Mi-

krochips einzupflanzen und sie damit zu überwachen oder gar ihre Gedanken zu steuern.

Gemeinsam ist den verschwörungsideologischen Geschichten die Verleugnung der Realität: Die aufgestellten Behauptungen erweisen sich bei näherem Hinsehen meist schnell als haltlos, weil es an plausiblen Begründungen fehlt und sie mit der beobachtbaren Wirklichkeit offenkundig nicht übereinstimmen. Teils knüpfen diese Mythen an einzelne Fakten an, jedoch werden daraus unlogische Schlussfolgerungen gezogen. So stimmt zum Beispiel die Aussage, Bill und Melinda Gates finanzierten die WHO über ihre Stiftung zu einem erheblichen Teil. Nur folgt daraus nicht, dass sie auch deren politische Ausrichtung vollumfänglich bestimmen würden, geschweige denn, dass sie dadurch irgendeinen Einfluss auf Gesundheitspolitiken reicherer Nationalstaaten hätten. Verschwörungsmäthen liefern keine plausiblen Erklärungen für komplexe Vorgänge, sondern präsentieren bloß Einzelpersonen, die als Sündenböcke fungieren. Auf diese Weise wird die Komplexität der Welt gedanklich auf ein bequem zu konsumierendes Minimum reduziert. Den *Rebellen* geht es also offensichtlich nicht um einen Erkenntnisgewinn.

Indem die *Corona-Rebellen* Gates mit dem prominenten Slogan „Gib Gates keine Chance“ an die Stelle der Aids-Seuche setzen, entmenschlichen sie ihn und legen nahe, ihn vom Erdboden zu tilgen. In ihrem Weltbild spielt er die Rolle eines mächtigen und bössartigen Strippenziehers, der das „einfache Volk“ mit Impfstoffen vergiften will, um sich über von ihm kontrollierte Pharmakonzerne persönlich zu bereichern. Damit greifen sie eine ganze Reihe klassischer antisemitischer Vorstellungen auf und wenden sie gegen Gates: Jüdinnen hätten die Pestseuche verbreitet; sie wollten die Menschen vergiften; sie trafen im Hintergrund insgeheim die eigentlichen Entscheidungen; sie wollten nur Geld scheffeln.

Ein Flugblatt der *Corona-Rebellen* in Trier etwa stellt apropos Gates bloß Fragen, zum Beispiel: „Erhält das RKI von Bill Gates Geld?“ Getarnt als Frage, versteckt sich hierin aber die absurde Unterstellung, das RKI wäre abhängig von Gates, der daher die 1100 Mitarbeiterinnen unter seiner Kontrolle hätte. Der sogenannte kritische Anspruch ist bestenfalls Bauernschläue – „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.“ Weil die sachliche Beschäftigung mit den je relevanten Gegenständen zu schwierig und zu unbefriedigend wäre, muss jeder Zusammenhang zwanghaft personalisiert werden. Sodann kann man aus tatsächlichen oder imaginierten Personenbeziehungen oder bloßen Korrelationen (zwei Ereignisse hängen irgendwie miteinander zusammen) scheinbare Kausalitäten (ein Ereignis ist die Ursache des anderen) konstruieren.

Darüber hinaus sind bei den Demonstrationen der *Corona-Rebellen* zahlreiche Merkmale des Rechtspopulismus wiederzuerkennen. Dazu gehört maßgeblich ein allgegenwärtiges Freund-Feind-Schema, in diesem Fall hauptsächlich in den Formen „Wir, das Volk, gegen die diktatorische Regierung“ und „Wir gegen Gates“. In der oft betonten Beteuerung, weder „links“ noch „rechts“, sondern bloß „Mensch“ zu sein, scheint die Idee eines einheitlichen Volkswillens auf. Danach wären alle Bürgerinnen einer Meinung und Diskussionen zwischen politischen Lagern somit grundsätzlich überflüssig. Der einheitliche Wille müsste bloß noch umgesetzt werden. Äußert doch einmal jemand eine abweichende Ansicht, wird sie zurechtgewiesen – so soll die Einheit wiederhergestellt werden. Hier zeigt sich der antidemokratische Charakter der Bewegung besonders deutlich.



Corona ist für diese *Rebellinnen* in Wittlich kein Grund zur Panik (Foto: Max Gerlach)

Entlastende Realitätsverweigerung

Die basalen Tatsachen der Krise blenden die *Rebellen* beharrlich aus, darunter: die exorbitante Anzahl an Menschen, die hierzulande und weltweit bereits durch die Infektionskrankheit Covid-19 gestorben sind; die vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse über die schlechtestenfalls exponentielle Verbreitung des Virus sowie über die erhebliche Gefährlichkeit von Covid-19; die Wirksamkeit von Lockdowns hinsichtlich der Reduktion der Infektionsrate; die Wirksamkeit bestimmter Schutzmaßnahmen der Isolation, des Abstandhaltens und der Hygiene; die Notwendigkeit, zur Rettung von Menschenleben einen Impfstoff gegen das Virus und/oder wirksame Behandlungsmethoden gegen Covid-19 zu entwickeln; die höchstwahrscheinliche Herkunft des Virus aus China.

Was neben all den wirren Gedanken über die ganz große Weltverschwörung bei den *Corona-Rebellen* ebenfalls keinen Platz findet, sind rationale und lebensnahe Überlegungen hinsichtlich der Folgen der Pandemie und Vorschläge zur wohlüberlegten Neujustierung der staatlichen Gegenmaßnahmen. Unbedacht bleiben etwa die Überbelastung insbesondere von Frauen wegen unzureichender Kinderbetreuung, die Not etwa von prekär Beschäftigten, Armen und Obdachlosen oder auch Vereinsamung und Depression. Das ist umso erstaunlicher, als nicht wenige unter den *Rebellen* selbst genau davon betroffen sein dürften.

Geht es um die Auswirkungen der Krise auf die Gesellschaft, fällt bei ihnen immer wieder das Stichwort „Angst“. Ganz offensichtlich hat ein relevanter Teil der Bevölkerung Angst vor Covid-19 und den Langzeitfolgen der Pandemie. Die *Rebellen* meinen, die Regierung nutze diese Angst aus, um hinterrücks eine Diktatur einzuführen. Tatsächlich sind sie es selbst, die sich und ihrem Publikum die Angst vor der Diktatur einreden. Auch verbreiten sie Angst, indem sie ohne Mundschutz einkaufen gehen oder bei Demonstrationen keinen Mindestabstand zu Journalistinnen, Polizistinnen und Passantinnen halten. In diesen Momenten verbindet sich ein narzisstisches Gefühl der Unbesiegbarkeit mit der Gelegenheit einer Machtdemonstration gegenüber Dritten, woraus sich ein sadistischer Lustgewinn ziehen lässt.

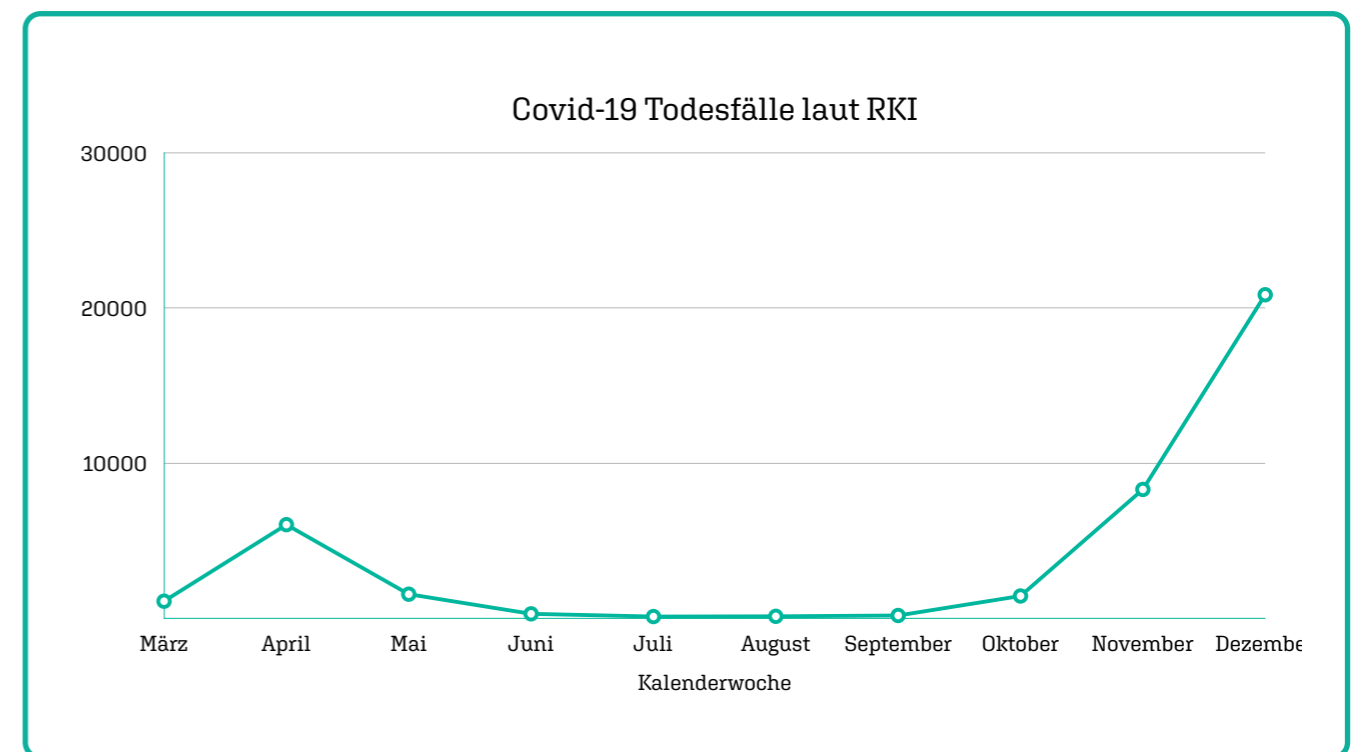
Offenkundig gehört es zu den Launen der Natur, Viren hervorzubringen – obschon nicht ohne menschlichen Einfluss –, die dem Menschen in erheblichem Maße gefährlich werden können. Auch ist die gegenwärtige Pandemie mitnichten die erste ihrer Art. Dass derartige Geschehnisse auf dieser Erde im Bereich des Möglichen liegen, ist sattsam bekannt. In der kategorischen Weigerung der *Corona-Rebellen*, die Gefährlichkeit dieser Pandemie anzuerkennen, kommt ihr

tief sitzender Antirationalismus zum Ausdruck. Ihr angebliches kritisches Nachdenken, auf das sie so stolz sind, ist keines, weil es statt nach Erkenntnis bloß nach emotionaler Befriedigung strebt. Abgekoppelt von der Welt, wie sie ist, dreht sich ihr ständiges „Hinterfragen“ selbstbezüglich im Kreis. Die immer gleichen Antworten, die es liefert, stehen von vornherein fest.

Geringschätzung des Lebens

Insofern die *Corona-Rebellen* die Gefahr des Virus nicht vollständig bestreiten, sondern herunterspielen, nehmen sie gleichmütig hin, dass Menschen sterben, die gerettet werden könnten. Und gestorben wird beständig: Allein in Deutschland fallen der Pandemie im ersten Jahr 40 157 Personen zum Opfer. Bislang sind die Toten überwiegend Alte und Vorerkrankte, die dem herrschenden Bedarf an verwertbarer Arbeitskraft entgegenstehen. Weil sie ohnehin „ausrangiert“ sind, wird ihr Sterben von vielen als natürlicher und vertretbarer Kollateralschaden hingenommen. Hierin kommt ein Sozialdarwinismus zum Ausdruck, der sich längst nicht auf die *Rebellen* beschränkt.

Statt die weitere Verbreitung des Virus durch einen wirksamen Lockdown bremsen und so viele



Anzahl der Covid-19-Todesfälle (eigene Darstellung, Daten: Robert Koch-Institut, Stand: 10.02.2021)

Menschen wie möglich retten zu wollen, rechnen die *Corona-Rebellen* wie auch Teile der Öffentlichkeit die Toten und Kranken gegen den potenziellen volkswirtschaftlichen Schaden auf. Anders als die Bundes- und Landesregierungen fordern die *Rebellen* sogar, blindlings alle Geschäfte und die Gastronomie offen zu halten.

Hoffnung keimt auf mit den Impfungen, die die *Corona-Rebellen* wiederum wahlweise als unwirksam oder gefährlich ansehen. Das darin liegende Potenzial zur Rettung der Menschheit vor der Seuche wollen sie nicht erkennen; Rettung zumindest der reicheren Teile der Weltbevölkerung. Dass Impfstoffe weiter dem Patentschutz unterliegen – an dessen Aussetzung in Europa anscheinend auch in dieser Pandemie nicht ernsthaft zu denken ist –, verschärft den allgemeinen Zustand, dass arme Gesellschaften solche Mittel stets erst erheblich später erhalten. Während die Impfungen das Sterben in Deutschland mittelfristig verringern werden, wird sich der sozialdarwinistische Mechanismus, das emotional distanzierte Zuschauen beim Massensterben, auf globaler Ebene wohl noch länger fortsetzen.

Entsprechende sozialdarwinistische Einstellungen, die der Aufrechterhaltung des ökonomisch-gesellschaftlichen Status quo gegenüber dem Lebens- und Gesundheitsschutz der Einzelnen Priorität einräumen, sind indes allenthalben zu beobachten. Zugrunde liegt ihnen die Vorstellung, die Gesellschaft wäre eine als Ganzes so undurchschaubare wie schlechthin unbeherrschbare „zweite Natur“, gegen deren schicksalhafte Entwicklungen der Mensch nichts auszurichten vermöchte. In Gestalt des Virus ist nun auch noch die „erste Natur“ als weitere große Unbekannte hinzugetreten; auch sie erscheint undurchschaubar und unbeherrschbar. Wenn aber nichts von alledem umfassend verstanden, geschweige denn dem Ganzen rational begegnet werden kann, so bleibt dem Individuum nur, sich in das vermeintlich natürliche Schicksal zu ergeben, sich zu verkriechen, es zu verdrängen – oder aber in Panik zu verfallen.[1] Letztere zwei Reaktionsweisen scheinen unter den *Rebellen* die dominanten zu sein.

Die Wirklichkeit – komplex, ambivalent, mitunter grausam – ist den *Corona-Rebellen* unerträglich. Sich mit Vernunft zur Welt zu ver-

halten, haben sie nie gelernt. Sie sind unfähig und unwillig, das epidemiologische Geschehen als Realität zu begreifen, ihre eigene Rolle in der Pandemie zu erkennen und Schlüsse für ein eigenverantwortliches Handeln zu ziehen. Vielmehr erscheint ihre Revolte als infantile Trotzreaktion vereinzelter Einzelner ohne gesellschaftliches Bewusstsein gegen den verbietenden „Vater Staat“. Tatsächliche Freiheit empfinden sie als Bürde, weil sie der Komplexität der Welt nicht gewachsen sind. Sie geben vor, für die Freiheit zu kämpfen, in Wahrheit aber fliehen sie vor ihr. Das Ziel dieser Flucht sind die schützenden Arme des Kollektivs unter der Leitung einiger Auserwählter, die ihren Anhängerinnen die Last der Verantwortung von den Schultern nehmen, indem sie ihnen den Kurs vorgeben.

So entpuppen sich die vermeintlich so aufmüpfigen *Rebellen* denn auch bald als brave Mitläuferinnen. Wie stark die Identifizierung der Einzelnen mit dem Kollektiv ist, wird besonders deutlich, wenn doch einmal Widerspruch aufkommt, dann nämlich beschuldigt man die potenziellen Abweichlerinnen umgehend und lautstark der „Spaltung“, also der Störung der Harmonie. Auch hiermit geben sich die scheinbar Widerständigen als konformistische Rebellen zu erkennen: Ihre Aggressionen richten sie vor allem gegen schwächer erscheinende – Fremdgruppen oder eben Abtrünnige –, während sie sich den irrationalen Autoritäten ihrer Eigengruppe unterwerfen.

Die narzisstische Rebellion

Womöglich erleben die nun rebellierenden Einzelnen das Überfordertsein mit der Krise ferner als narzisstische Kränkung: Die Ohnmacht gegenüber dem Virus, noch dazu einem besonders gefährlichen, weil unsichtbaren Feind, stellt das individuelle Selbstwertgefühl fundamental infrage. In Anlehnung an den Philosophen Theodor W. Adorno lässt sich dieser Gedanke noch weiter verallgemeinern, nämlich dahin gehend, dass die Menschen im Kapitalismus auch in normalen, nicht krisenhaften Zeiten ständig narzisstische Kränkungen erfahren – etwa durch den Verlust eines Arbeitsplatzes –, weil sie abhängig sind von ökonomischen Bedingungen, auf die sie keinen Einfluss haben. Weil sie dabei zudem in Konkurrenz zueinander stehen, ist jede Einzelne zugleich genötigt, sich selbst narzisstisch zu

überhöhen, um ihre Chancen am Markt zu steigern. Die begleitende Erzählung lautet bekanntlich, jede sei ihres eigenen Glückes Schmied. Waren die tatsächlichen Lebenschancen der Einzelnen im Laufe der neoliberalen Phase des Kapitalismus ohnehin bereits in historischem Maße geschrumpft, so verschärft die Corona-Krise diese prekäre Lage jetzt noch zusätzlich. Das psychische Resultat ist eine wachsende (realistische) Abstiegsangst, die einen Umschlag des Narzissmus in Autoritarismus auslösen kann. Denn wer Angst hat und die bedrohliche Lage nicht rational zu fassen vermag, der neigt eher dazu, sein Heil in der Unterordnung unter emotional vielversprechende Autoritäten zu suchen, die für jedermann unmittelbar verständliche Erklärungen anbieten. Die auf Affektmobilisierung abgestimmte Propaganda tut ihr Übriges. Einer solchen Deutung nach ließen sich die *Corona-Rebellen* also als kollektiv narzisstische Bewegung begreifen. Indem dieses Kollektiv die Einzelnen von Ohnmacht und Angst zu heilen verspricht – durch Bestrafung der „Schuldigen“ und Durchsetzung des „wahren Volkswillens“ –, stellt es ihnen das Ende aller narzisstischen Kränkungen in Aussicht.

Marco Kurz: Agitator sucht Mitläufer

Brauchen die *Corona-Rebellen* politische Führung? Zu Beginn des Lockdowns versucht Marco Kurz, der mittlerweile ausgetretene Gründer des *Frauenbündnis Kandel*, den aufkeimenden Protest gegen die Grundrechtseinschränkungen auf die Straße zu tragen. Zunächst werden seine Versammlungen wegen des Infektionsschutzes verboten.

Am 2. Mai hält Kurz erstmals eine eigene Kundgebung im baden-württembergischen Offenburg ab, an der kaum mehr als ein Dutzend Personen teilnehmen. „Ich möchte den Schwachen helfen, selbst dann, wenn ich selbst nicht betroffen bin“, sagt er dort. Seine Rede ist geradezu idealtypisch populistisch: hier die rechtschaffenen Normalbürgerinnen – dort die korrupte Elite, die auf deren Kosten lebt und sie gängelt. In den Worten des Redners: „Wir aber sind Menschen, wir tragen die Menschlichkeit in unseren Herzen“, die „Politmarionetten“ dagegen hätten „weder Herz noch Verstand“. Indem er also suggeriert, hinter den unmenschlichen Politikerinnen stünden einflussreiche Mächte, die in Wahrheit das



Marco Kurz redet 2018 bei rassistischen Protesten in Kandel (Foto: Kai Schwerdt)



Protest gegen Corona-Rebellen (Symbolfoto: Kai Schwerdt)

Sagen hätten, bemüht er eine klassische verschwörungsideologische – und antisemitische – Denkfigur.

Kurz adressiert seine Rede volksnah, emotional und eingängig an sein Publikum. In seinem Selbstbild ist er Demokrat, was auf dem Höhepunkt seiner Agitation besonders deutlich wird: „Im Namen der Demokratie: Lasst uns zusammenstehen und sie die Macht des Volkes spüren lassen! [...] Nieder mit dem Regime! Wehrt euch! Artikel 20, Absatz 4!“ Dieser Artikel des Grundgesetzes gesteht jeder Deutschen das Recht zum Widerstand zu gegen „jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen“. Eine schlüssige Argumentation, wonach das „Regime“ die demokratische Ordnung angreifen würde, bleibt Kurz allerdings schuldig.

Mehr als vage Behauptungen hat er nicht anzubieten: „Ich denke mal, diese Gewaltenteilung, die wir hier eigentlich laut unserem Grundgesetz hätten, die funktioniert nicht mehr.“ Im selben Augenblick übt er unter anderem ebenjene grundrechtlich geschützte Versammlungsfreiheit aus, die das Bundesverfassungsgericht erst zweieinhalb Wochen zuvor eingedenk der Krise bekräftigt hat. Auch von seinem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung kann er Gebrauch machen und die Rede live und unzensuriert ins Internet streamen, ohne von

den anwesenden Polizistinnen daran gehindert zu werden. Um die demokratische Ordnung scheint es nicht so schlecht zu stehen, wie Kurz meint. Seinen persönlichen politischen Führungsanspruch verdeutlicht Kurz durch Aktionismus: Auseinandersetzungen mit Versammlungsbehörden, häufige Kundgebungen sowie kleinere Aktionen, die seine Anhängerinnen im Internet begeistern – bei einer etwa übertönt er den Muezzin-Ruf in Gernersheim mit der deutschen Nationalhymne. Überdeutlich wurde dieser Anspruch, als er seiner ehemaligen Mitstreiterin Julia Juls in einem Social-Media-Beitrag vorwarf, faul, feige und dumm zu sein. Niemals würden Leute wie sie zu furchtlosen „Löwen“ werden, sondern immer „Ratten“ bleiben, die fräßen, was sie im Abfall der „Macher“ fänden.



Ähnlich äußert sich der baden-württembergische AfD-Landtagsabgeordnete Stefan Räßle bei einer Kundgebung am 26. September 2020 in Mainz.

Er ruft dort zum gewaltsamen Umsturz der Regierung auf und wird daraufhin aus der AfD-Fraktion ausgeschlossen.

Bei seiner Rede in Offenburg verweist er zudem stolz darauf, vier Klagen vor Verwaltungsgerichten gewonnen zu haben, und kommentiert die Versammlungsaufgaben spöttisch und überheblich. Auf diese Weise zielt Kurz auf einen Mitläuferneffekt: Er selbst kann Erfolge vorweisen und geriert sich als moralisch und geistig überlegen – die anderen sollten sich seiner siegreichen Bewegung anschließen. Kurz entspricht dem Bild eines Volkstribunen, der nicht nach demokratischen Verfahren gewählt ist, sondern seine Leitungsfunktion durch den Applaus einer vermeintlichen Mehrheit – also per Akklamation – zu legitimieren sucht.

Worum es jetzt geht

Demokratinnen sind gefordert, den noch für Argumente zugänglichen Konsumentinnen rechter Propaganda deren Mechanismen bewusst zu machen und zu zeigen, dass ihre Annahmen der Welt entrückt und ihre Folgerungen destruktiv und menschenverachtend sind. Wer eine solche Mobilisierung wirklich verstehen und nicht nur ordnungspolitische Symptombekämpfung betreiben will, muss die sozialpsychologische Dimension in den Blick nehmen. Entscheidend ist der psychische Gewinn, den die Konsumentinnen aus der autoritären Agitation ziehen. Darauf ist in der öffentlichen Auseinandersetzung abzuheben und die vorgebliche Sorge der Corona-Rebellen um Grundrechte als Vorwand eines antidemokratischen Wahns zu dechiffrieren.

In der Auseinandersetzung könnte es auch zielführend sein, an das Eigeninteresse der Einzelnen zu appellieren. Nicht wenige unter den Zuhörerinnen der Rebellen werden selbst zu Risikogruppen gehören oder solche Bekannten und Verwandten haben, die durch ihr Verhalten unnötig gefährdet werden. Wie oft auch immer das öffentliche Leben mit gesteigerter Infektionstätigkeit noch heruntergefahren werden muss, es betrifft stets auch ihre eigene Existenz und ihre Freiheiten. Rationale Kritik muss sich vornehmlich richten gegen: das weitgehende Ausklammern der Produktionsstätten, Büros usw. von den Einschränkungen; die politische Inkaufnahme Tausender Toter und Kranker; die Ökonomisierung des Gesundheitswesens, inklusive des Personalabbaus; das Ausbleiben nennenswerter Unterstützung für die ökonomisch Schwachen.

Sorge muss eine Entwicklung bereiten, der in diesem Aufsatz nicht nachgegangen werden kann-

te: die terroristische Radikalisierung. Bekannt ist, dass die Täter von Halle und Hanau von Verschwörungsmethoden überzeugt waren und ihre Morde damit begründeten. Anzunehmen ist, dass sich im Zuge der Corona-„Infodemie“ weitere gewalttätige Einzelne oder Gruppen radikalieren und die Lösung aller Probleme in terroristischen Anschlägen sehen werden. Sind Feinde einmal markiert, steigt der Handlungsdruck, radikal gegen diese vorzugehen. Das Gefühl der Rebellen, sich im heroischen Widerstand gegen eine Diktatur zu befinden, kann in Gewalt umschlagen und deren Billigung begünstigen.

//



Max Gerlach ist Teil der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz.

Niklas Wunsch ist Mitherausgeber des 2020 im Verbrecher Verlag erschienenen Sammelbandes „Konformistische Rebellen. Zur Aktualität des autoritären Charakters“.



[1] Vgl. Stapelfeldt, Gerhard (2020): Corona. Die COVID-19-Pandemie im ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Kontext, in: Kritiknetz,

URL: https://www.kritiknetz.de/images/stories/texte/Stapelfeldt_Corona.pdf.

Autorität verspricht Zugehörigkeit und Macht

Neben den klassischen rechtsextremen Parteien und Kameradschaften existieren inzwischen neue autoritäre Bewegungen, die weit mehr Menschen an sich binden. Der Aufstieg des Rechtspopulismus ist hier ebenso zu nennen wie das Aufkommen rassistischer Bewegungen nach der sogenannten Flüchtlingskrise. Pegida in Dresden und die rassistischen Proteste im rheinland-pfälzischen Kandel stehen exemplarisch für diese Entwicklung. In der Pandemie sind es nun die Corona-Rebellen, die autoritäre Ideen weiter popularisieren.

Darüber, warum Autoritarismus für Menschen eigentlich attraktiv ist, sprechen wir mit Katrin Henkelmann und Andreas Stahl, die 2020 den wissenschaftlichen Sammelband „Konformistische Rebellen“ über die Aktualität der Theorie des autoritären Charakters mitherausgegeben haben.

Rechtsextreme, Rechtspopulist:innen, Corona-Rebellen – was verbindet sie?

Vielfach dürfte es sich um Menschen mit einer autoritätsgebundenen Charakterstruktur handeln. Ein autoritärer Charakter identifiziert sich mit Kollektiven wie Nation, Volk oder „Rasse“ und wertet andere Nationen, Völker oder „Rassen“ ab. Er tendiert dazu, sich freiwillig Autoritäten zu unterwerfen, während er zugleich selber Macht über Dritte ausüben will, die er für unterlegen und feindlich hält. Dieses Ineinandergreifen von Beherrscht-werden-Wollen und Selbst-herrschen-Wollen wird häufig als „Radfahrernatur“ bezeichnet. Wie ein Rennradfahrer buckelt der autoritäre Charakter nach oben und tritt nach unten.

Eines seiner besonderen Merkmale ist das manichäische Denken, also die Aufspaltung der Welt in „gut und böse“, „schwarz und weiß“ und ähnliche Gegensätze. Zweifel und ein Abwägen von Argumenten kennt er nicht. Auch übertriebene Projektionen, also die Übertragung eigener psychischer Anteile auf äußere Objekte oder

andere Personen, kennzeichnen die autoritäre Persönlichkeit. Zum Beispiel behaupteten die Nationalsozialisten, dass Juden die Welt beherrschen wollten, während sie selbst die Welt kriegerisch eroberten.

Autoritäre Gruppierungen grenzen sich auch gegenüber Eliten ab. Sie sehen in den Eliten die Schuldigen für gesellschaftliche Probleme wie Armut oder die eigene Unfreiheit. Sie selbst sind in ihrer Erzählung heldenhafte Kämpfer für die Freiheit und begehren auf gegen etablierte Herrschaftsstrukturen und Eliten – aber nur gegen solche, die ihnen schwach und verweichlicht erscheinen. Es geht ihnen dabei nicht um die Abschaffung von Herrschaftsstrukturen per se, sondern um den Austausch der „falschen“ Autoritäten durch die „richtigen“.

Statt die tatsächlichen gesellschaftlichen Ursachen für Armut und Unfreiheit anzuprangern, machen sie alleine oder hauptsächlich Personen dafür verantwortlich, die sie abstrafen wollen. So werden zum Beispiel immer wieder einzelne, oft jüdische Familien wie die Rothschilds oder Per-

sonengruppen wie die sogenannten Bilderberger und deren angebliche persönliche Profitgier für allerlei Unrecht in der Welt verantwortlich gemacht. Welche allgemeinen gesellschaftlichen Mechanismen hier tatsächlich wirken, danach fragen Autoritäre nicht.

Insofern können Rechtsextreme, Rechtspopulisten und *Corona-Rebellen* tendenziell alle als Erscheinungsformen des autoritären Charakters angesehen werden – wenngleich die jeweiligen politischen Gruppen natürlich auch Spezifika aufweisen.

Worin besteht der Mehrwert einer sozialpsychologischen Betrachtung des Autoritarismus?

Politikwissenschaftler können zeigen, wie sich politische Gelegenheitsstrukturen, also Macht-konstellationen im Parteiensystem und damit einhergehende Aufstiegsmöglichkeiten für neue Bewegungen und Akteure verändern und warum das so ist. Psychologen und Soziologen können helfen, individuelle und kollektive Erfahrungen besser zu verstehen. Die Theorie des autoritären Charakters indes erklärt, warum autoritäre Denk- und Verhaltensweisen für den Einzelnen attraktiv sind und woher diese Attraktivität rührt. Mit ihren psychoanalytischen Begriffen kann auch auf den ersten Blick rein irrationales Verhalten erklärt werden: Warum wählt eine arme Person die AfD, obwohl diese ein neoliberales Wirtschaftssystem verfehlt? Hier spielen Emotionen und Ideologien offensichtlich eine größere Rolle als ökonomische Interessen oder moralische Schranken.

Warum wenden sich Menschen Autoritäten und Kollektiven zu?

Es ist vor allem das Gefühl der Isolierung und der Ohnmacht, das die Flucht zur Autorität und ins Kollektiv begünstigt. Isoliert und ohnmächtig fühlen sich die Menschen, weil sie den Marktgesetzen eines Wirtschaftssystems unterworfen sind, das beständig Arbeitslosigkeit, Konkurrenzdruck und sozioökonomische Ungleichheit produziert. Dieses System kann der Einzelne jedoch nicht ohne Weiteres durchschauen – und erst recht nicht kontrollieren.

Dennoch sieht er sich mit dem Anspruch konfrontiert, alleine für sich und sein Glück verant-

wortlich zu sein; denn schließlich ist scheinbar jeder seines Glückes Schmied. Wenn dann gleichzeitig die Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen fehlt, man eben nicht unbeschwert und glücklich leben kann, obwohl man jeden Tag arbeiten geht, dann ist das eine enorme narzisstische Kränkung: Ich müsste mein Leben und mein Glück eigentlich selbst in der Hand haben, habe es aber nicht. Es fehlt die Einsicht, dass der Mangel an Möglichkeiten zur Verwirklichung der eigenen Freiheit nicht individuell verschuldet ist. Vielmehr wird er systematisch durch den Kapitalismus erzeugt, wodurch der Einzelne in seinem Narzissmus gekränkt wird: Dem Schein nach ist er einfach zu dumm, zu faul oder hat die falsche Ausbildung gewählt, um sorgenlos und glücklich leben zu können.

Diese Kränkung durch die eigene Ohnmacht – die von vielen empfunden, aber von wenigen verstanden wird – führt laut dem Psychoanalytiker Erich Fromm zu einem Fluchtversuch zur Autorität. Denn ein nationales Kollektiv oder ein starker Führer versprechen dem Einzelnen nun unverlierbare Zugehörigkeit zu einer als mächtig empfundenen Gruppe, in der er scheinbar nicht mehr isoliert und ohnmächtig ist, die ihm vielmehr Sicherheit und Stärke bietet. Im Kollektiv ist man plötzlich wer.

Der autoritäre Charakter kann also als ein Versuch verstanden werden, gesellschaftlich produzierte Ohnmacht zu bewältigen. Dieser Versuch ist aber irrational, weil er sich nicht gegen die eigentlichen Ursachen der Ohnmacht und Isolation richtet, sondern die Schuld in der Regel anderen Personen oder Gruppen zuschreibt; beispielsweise Ausländern, den Juden oder Bill Gates. Da autoritäre Charaktere die gesellschaftlichen Verhältnisse, die ihr Unbehagen produzieren, hinnehmen, bleibt ihre Rebellion eine konformistische, die vermeintlich Schuldige anprangert, das Bestehende dabei aber aufrechterhalten will.

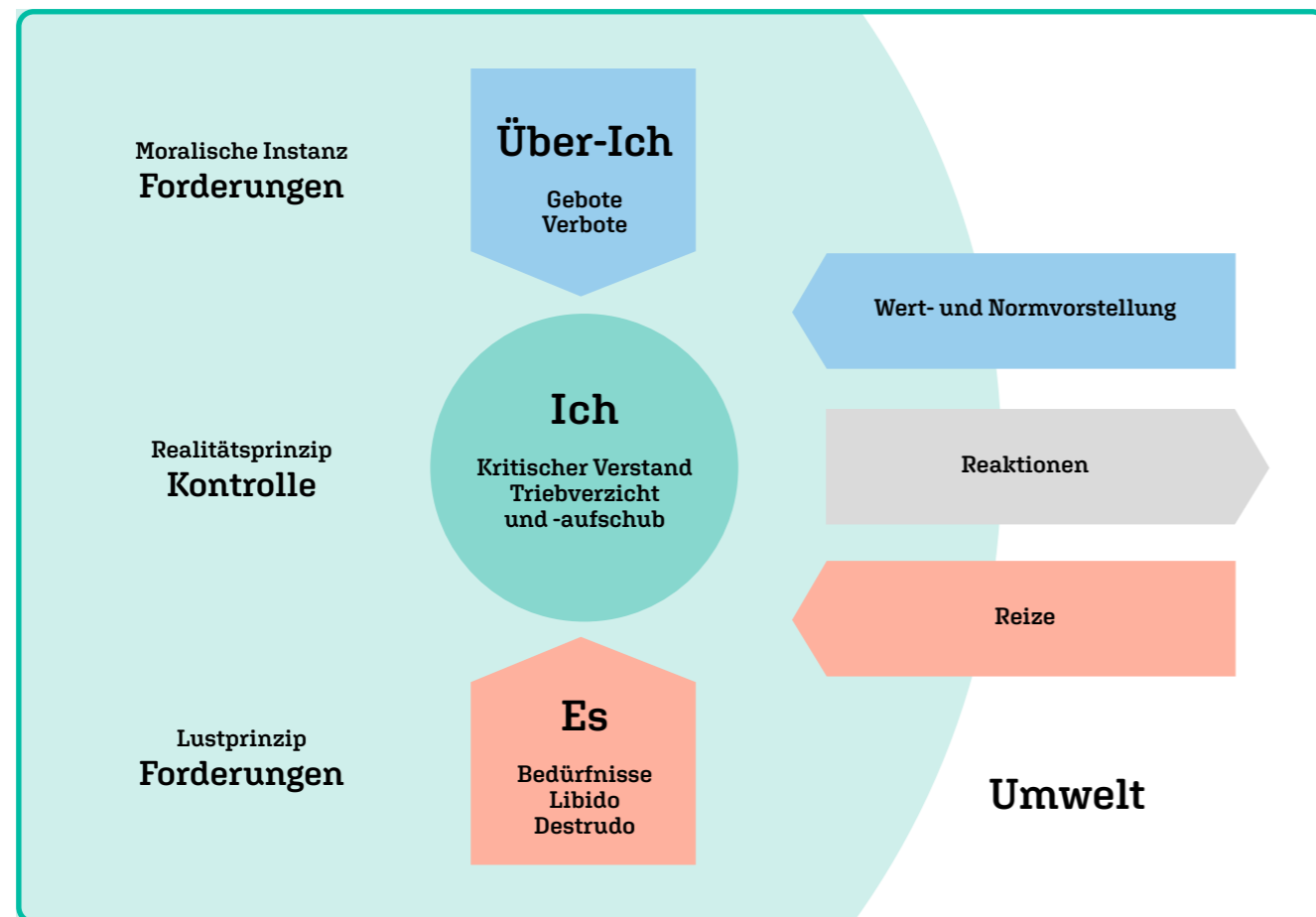


Und hier kommt die Psychoanalyse von Sigmund Freud zum Tragen?

Genau. Freud unterscheidet in seinem Instanzenmodell zwischen Es, Ich und Über-Ich. Das Es beschreibt in der Freudschen Theorie die Triebe und Leidenschaften des Menschen, den Ort, wo die Libido, also die sexuelle Energie, verortet ist. Das Ich hingegen ist der unter dem Einfluss der Außenwelt veränderte Teil des Es, der das Realitätsprinzip gegen das Lustprinzip vertritt, also die Triebe und Leidenschaften des Menschen an die Erfordernisse der Umwelt anpasst. Dem Ich werden Eigenschaften wie Besonnenheit und Vernunft zugeschrieben. Das Über-Ich wiederum ist die Kontrollinstanz des Ichs, zu dessen Aufgaben das Gewissen, die Selbstbeobachtung und die Idealbildung zählen. Man könnte sagen, dass das Ich zwischen dem Es, dem Über-Ich und der Außenwelt vermittelt und im Idealfall darauf achtet, dass alle Instanzen samt ihren Ansprüchen ausgeglichen sind.

Beim autoritären Charakter ist es nun so, dass dieses Verhältnis zugunsten des Über-Ichs verschoben ist. Das heißt, das Über-Ich ist sehr stark ausgeprägt, während das Ich relativ schwach ist. Bereits früh wird die gesellschaftliche Gewalt, die sich dem Kleinkind vor allem als Leistungsdruck und Triebverzicht präsentiert, verinnerlicht und als psychische Instanz, eben als das Über-Ich, aufgebaut. Je stärker die gesellschaftliche Herrschaft samt ihren Versagungsnormen verinnerlicht wird, desto übermächtiger wird auch das Über-Ich – und desto schwächer das Ich. Dieses starke und anspruchsvolle Über-Ich stellt nun Anforderungen an das Ich, denen dieses überhaupt nicht nachkommen kann.

Wie bereits beschrieben haben die meisten Menschen in der kapitalistischen Gesellschaft nicht die Möglichkeit, ihr Leben eigenverantwortlich und frei zu gestalten. Vielmehr stehen sie den Verhältnissen, in denen sie sich wiederfinden, ohnmächtig gegenüber. Um der daraus resultierenden narzisstischen Kränkung zu entkommen und sie zu verdrängen, werden nicht erwünschte Triebre-



Eigene Darstellung des psychischen Apparates nach Freud

gungen auf andere, oft Fremdgruppen, projiziert: Nicht ich bin faul, sondern die Arbeitslosen sind es; nicht ich will anderen zu meinem Vorteil den Job wegnehmen, um endlich alle meine Rechnungen bezahlen zu können, die Ausländer machen das; nicht ich möchte gerne mächtig sein und die Welt beherrschen, die Juden machen das. Durch diese Übertragung auf andere wird die Bekämpfung der im Selbst verdrängten psychischen Anteile viel einfacher, und gleichzeitig kann sich das schwache Ich dadurch narzisstisch aufwerten. Denn: Ich mache ja alles richtig, ich halte mich an die Spielregeln, ich bin ein guter Mensch.

Blicken wir auf Führungspersonen. Wie verhalten die sich?

Oft sprechen sie von sich selbst, stellen sich dar als „einsamen Wolf“, „einzig wahren Demokraten“, als „selbstlos und unermüdlich“ und auch als mit „gesundem Menschenverstand“ ausgestatteten „Mann des Volkes“. Agitatoren identifizieren sich mit ihren Zuhörern – oder geben dies vor – und betonen oft, dass sie selbst kleine bescheidene Leute und gleichzeitig großartige Führer seien. Sie suggerieren wirkliche Anteilnahme an den Sorgen der „einfachen“, „normalen“ Leute. Gleichzeitig inszenieren sie sich häufig als bloße Boten der kommenden Ereignisse. Sie reden von der „großen Bewegung“, etwa von der Wiederbelebung Amerikas („Make America Great Again“), ohne anzugeben, was das inhaltlich eigentlich bedeuten soll.

Dafür überbieten sich die Agitatoren immer wieder in der Darstellung angeblicher Gräueltaten gegen die eigenen Anhänger oder das nationale Kollektiv und verbreiten Verschwörungsmysmen, oft über verhasste Politiker oder die „Eliten“, die angeblich von unheimlichen Kräften – meistens: Juden – gesteuert werden. Schuldige präsentiert die faschistische Propaganda auch, indem sie Bilder erzeugt von Juden, Kommunisten, Flüchtlingen usw. und sie „in Stücke [reißt], ohne sich sonderlich um den Realitätsgehalt dieser Bilder zu kümmern“, wie der Philosoph Theodor W. Adorno es beschrieb.

Faschistische Reden oder Pamphlete zielen vor allem darauf ab, Menschen gefangen zu nehmen, sie psychisch in ihren Bann zu ziehen, indem sie mit deren unbewussten psychologischen Mechanismen spielen. Die Grundlage dieser Mechanismen bilden beispielsweise autoritäre Straf- und Unter-

werfungsbedürfnisse, Gewaltfantasien oder die Sehnsucht nach dem Aufgehen der eigenen Person in einer wärmenden Gemeinschaft. Faschistische Propaganda ist zutiefst unlogisch, inhaltsarm und hauptsächlich auf die Emotionen der Zuhörer ausgerichtet. Die Glorifizierung der Mittel löscht die inhaltlichen Ziele nahezu aus. Insofern wird die Propaganda selbst zum eigentlichen Inhalt, sie erweist sich als Selbstzweck. Tatsächliche Inhalte in Form allgemeiner politischer Programme sind eher unwichtig.

... umso ausgefeilter ist die autoritäre Rhetorik?

Nicht Prämissen und Schlussfolgerungen, sondern Assoziationsketten prägen die Rhetorik, sodass die Zuhörer leichter folgen können. Trotzdem ist faschistische Propaganda nicht vollkommen irrational, da sie bestimmten Methoden folgt.

So hat die amerikanische Sprachwissenschaftlerin Jennifer Mercieca zahlreiche Reden Trumps analysiert und dabei sechs zentrale rhetorische Strategien herausgearbeitet. Sie unterteilt diese Strategien in solche, die die Vereinigung der Eigengruppe bezwecken, und jene, die auf die Abgrenzung vom Gegner oder Feind abzielen. Insgesamt bezeichnet Mercieca seine Reden als einen „ausufernden Bewusstseinsstrom“. Trump klang nicht nach einem normalen amerikanischen Präsidenten, sondern fundamental anders als alle anderen US-Präsidenten vor ihm. Dieser neue Sound machte seine Anziehung aus. Trump sprach in seinen Reden zu einer – nach wie vor – weithin misstrauischen, polarisierten und frustrierten amerikanischen Gesellschaft. Die vom Agitator erbrachte Leistung ist vor allem eine Show, die an Sport- oder religiöse Bekehrungsveranstaltungen erinnert. Was die häufig sprachlosen Zuhörer nicht zu sagen wagen, spricht der Agitator stellvertretend für sie ungehemmt aus, er begeht den Tabubruch. Zu sehen war das beispielsweise 2015, als Trump einen behinderten Journalisten bei einer öffentlichen Rede zur Freude seines Publikums verächtlich machte. Für dieses ist es emotional befriedigender, sich über gehässige Witze zu amüsieren, als sich mit komplexen gesellschaftlichen und politischen Zusammenhängen zu beschäftigen.



Und die Zuhörer:innenschaft feiert den Agitator dafür?

Trumps aggressive und politisch inkorrekte Rhetorik gegenüber dem liberalen amerikanischen Establishment kommt bei den Leuten gut an, weil seine Propaganda der Zuhörerschaft emotionale Befriedigung verschafft. Psychologisch betrachtet, dient die Propaganda den Zuhörern als „Wunschbefriedigung“, wie Adorno es nannte. Die Zuhörer fühlen sich einbezogen in eine Art inneren Kreis, sie erhalten dort angebliches Insider-Wissen und steigen dadurch auf zu einer Art „Besserwisser-Elite“. Dabei wird auch eine bestimmte „Lust am Schnüffeln“, also ein übermäßiges Interesse an Ereignissen oder anderen Personen und deren Leben, angefacht und befriedigt.

Letztlich geht es dem Agitator nicht darum, die persönlichen und gesellschaftlichen Probleme,

unter denen seine Zuhörerschaft leidet und für die er ein gutes Gespür hat, vernünftig zu lösen. Das sollte aber eigentlich das Ziel von Politik oder auch einer Reflexion auf die eigene Psyche, wie die Psychoanalyse es ist, sein. In der Psychoanalyse wird versucht, psychisches Leiden durch ein tieferes Verständnis der Ursachen dieses Leidens und durch eine Umstrukturierung der eigenen Persönlichkeit zu lindern. Faschistische Propaganda demgegenüber lässt sich nach Ansicht des Sozialwissenschaftlers Leo Löwenthal als eine Psychotechnik, als „umgekehrte Psychoanalyse“ bezeichnen, da sie die unbewussten psychischen Probleme der Zuhörerschaft viel eher verschleiert als beleuchtet. Sie klärt nicht auf, sondern streut Salz in die Wunde und muntert die Massen auf, ihrem Hass freien Lauf zu lassen. In der Konsequenz führt das nicht zu einer Lösung, sondern zur Aufrechterhaltung der Probleme und in nicht wenigen Fällen zu offener Gewalt.



Trump zieht über den New York Times-Journalisten und Pulitzer-Preisträger Serge F. Kovaleski her (Quelle: Screenshot / youtube.com / CNN)



Zusammenfassende Darstellung der von Jennifer Mercieca genannten Strategien und eigene Beispiele:

Rhetorische Strategien zur Vereinigung der Eigengruppe:

- 1) Das Argumentum ad populum: Diese Spielart des Autoritätsarguments behauptet etwas als wahr, weil es der Meinung einer relevanten Mehrheit bzw. der öffentlichen Meinung entspreche.
Beispiel: „Weil die Mehrheit sagt, die Wahl sei gefälscht, ist sie es.“
- 2) Amerikanischer Exzeptionalismus: Gemeint ist die Stilisierung Amerikas zur unvergleichbaren, von Gott auserwählten und großartigsten Nation, also eine Form von radikalem Nationalismus.
Beispiel: „Keep America great!“
- 3) Die Paralipse: Gemeint ist eine rhetorische Figur, bei der der Redner behauptet, zu einem bestimmten Thema nichts zu sagen oder sagen zu können, und es gerade damit besonders hervorhebt.
Beispielsweise Trump über Kamala Harris: „Ich habe gehört, dass sie gar nicht Vizepräsidentin werden kann. Das war übrigens ein sehr qualifizierter Jurist, der das geschrieben hat. Ich habe das nur gehört, weiß es nicht, aber ich schaue mir das an.“

Rhetorische Strategien zur Abgrenzung vom politischen Gegner bzw. „Feind“:

- 1) Das Argumentum ad hominem: Gemeint ist ein Scheinargument, in dem die Position oder These eines Widersachers durch einen Angriff auf dessen persönliche Umstände oder Eigenschaften angefochten wird. Dies geschieht, um ihn in Misskredit zu bringen und eine wirkliche Diskussion zu vermeiden.
Beispiel: „Als lesbische Frau kannst Du ja gar nichts über Familie sagen.“
- 2) Das Argumentum ad baculum: Gemeint ist der Missbrauch einer Machtposition zur Durchsetzung eigener Ziele (Drohung).
Beispiel: „Wenn wir regieren, landen die Volksverräter im Gefängnis.“
- 3) Die Verdinglichung/Objektifizierung: Gemeint ist eine Strategie zur Entmenschlichung der Gegner.
Beispiel: „Die Flüchtlingswelle ist wie ein Alptraum über Europa hereingebrochen.“

Quelle: Mercieca, Jennifer (2020): Demagogue for President. The Rhetorical Genius of Donald Trump, College Station: Texas A&M University Press, S. 15–20.

„We love you. You're very special.“

Donald Trump zu seinen Anhängern, nach dem Sturm auf das Kapitol, wo am 6. Januar 2021 der Wahlsieg Joe Bidens bestätigt werden sollte.

Erleben wir gegenwärtig einen neuen Aufstieg des Autoritarismus?

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass in persönlichen, ökonomischen und politischen Krisensituationen, in denen die gesellschaftliche Integrationskraft abnimmt und Menschen umso mehr Erfahrungen von Unsicherheit und Verlustangst machen, latent vorhandene autoritäre Sehnsüchte in die offene Ablehnung demokratischer Institutionen, Parteien und Verfahren münden.

Die zweijährlich erscheinende Leipziger „Mitte-Studie“ legt anhand der Messung antidemokratischer Meinungen und Einstellungen nahe, dass der autoritäre Charakter in der deutschen Bevölkerung nach wie vor weit verbreitet ist. Ähnliche Ergebnisse lassen sich auch für andere europäische Länder zeigen. Nicht zuletzt zeugt der Aufstieg autoritär-populistischer Politiker in den westlichen Demokratien – wie der Viktor Orbáns, Matteo Salvinis oder Donald Trumps – von der Attraktivität irrationaler Welterklärungen.

Was wir als Merkmale des autoritären Charakters begreifen, ähnelt dem, was der amerikanische Historiker Robert Paxton als faschistische Ideo-

logie kennzeichnet. Faschismus ist für ihn kein statischer Zustand, sondern ein Zyklus, der folgende fünf Stadien beinhaltet: 1. die Entstehung einer Bewegung; 2. ihre Verwurzelung im politischen System; 3. ihren Griff nach der Macht; 4. die Machtausübung; und 5. die längerfristige Entwicklung, wobei das faschistische Regime sich entweder radikalisiert oder niedergeht. Bezogen auf westliche Demokratien kann man sagen, dass in jedem Land faschistische Bewegungen im Sinne Paxtons entstehen, die sich teilweise im politischen System etablieren und mitunter gar nach der Macht greifen. Mit Blick auf Deutschland lässt sich vor diesem Hintergrund unseres Erachtens sagen, dass immer wieder kleinere oder größere Bewegungen entstehen, die die laut Paxton für faschistische Bewegungen typischen „mobilisierenden Eigenschaften“ wie ein überwältigendes Krisengefühl, den Glauben an die Vorrangstellung der eigenen Gruppe, den Glauben, die eigene Gruppe sei ein Opfer, oder das Bedürfnis nach Autorität aufweisen – zum Beispiel *Pegida* oder die *Corona-Rebellen*. Und mit der AfD etablierte sich eine autoritäre Bewegung auch im politischen System. Dass sie die den Griff nach der Macht sucht, ist nicht zu übersehen; ob dieser bundesweit gelingt, hängt aber von zahlreichen

Faktoren ab, wie zum Beispiel der inneren Geschlossenheit der Partei, der Koalitionsfähigkeit oder gesellschaftlichen Diskursschranken. Daher erscheint uns ein „Griff nach der Macht“ zurzeit eher wenig Erfolg versprechend.

Welche konkreten Schritte sollte die Zivilgesellschaft gegen Autoritarismus unternehmen?

Die hier besprochenen Bewegungen und die in ihnen zum Ausdruck kommenden Ideologien weisen zwar alle bestimmte Gemeinsamkeiten auf, unterscheiden sich jedoch auch in den konkreten Inhalten, in ihrer Anhängerschaft und ihrer Wirkmächtigkeit. Darum ist es wichtig, Projekte zu finanzieren, die sich zunächst einmal um das Verstehen bemühen. Erst auf einem Fundament adäquater Begriffe und Analysen können autoritäre Bewegungen gezielt bekämpft werden.

Kurzfristig ist es zudem wichtig, Populisten und Faschisten keine Bühne zu bieten und sich entschieden von ihnen abzugrenzen. Konkret heißt das zum Beispiel, bestimmte Akteure nicht immer wieder in Talkshows einzuladen und ihnen damit die Möglichkeit zu geben, ihre Ideologie zu verbreiten. Da es autoritären Politikern weniger um Inhalte als um Emotionen geht, bringt es wenig, auf inhaltlicher Ebene mit ihnen zu diskutieren. Antidemokratischen und menschenverachtenden Äußerungen sollte überall dort, wo sie auftauchen, entschieden widersprochen werden. Kurzfristig kann man Autorität wohl am ehesten mit Autorität begegnen.

Langfristig ist es wichtig, der Entstehung autoritätsgebundener Charakterstrukturen grundsätzlich entgegenzuwirken, um der faschistischen Ideologie ihren Nährboden zu entziehen. In der Kindererziehung sollten Selbstbestimmung, aktives Handeln und vernünftiges, kritisches Denken gefördert werden. Das Individuum sollte lernen, sich selbst sowie sein Umfeld kritisch zu reflektieren, um sich eigene Urteile bilden zu können, statt sich einfach dem Bestehenden sowie den Anforderungen anderer, vor allem der Stärkeren und Mächtigeren, zu unterwerfen. Eine Erziehung, die vom Kind verlangt, sich bedingungslos an die Regeln der Eltern oder anderer Autoritätspersonen zu halten, bringt keine autonomen Subjekte hervor. Autonomie aber braucht es, um irrationale Autorität von rationaler unterscheiden und eine

Kritik an den Verhältnissen üben zu können, die ohne Antisemitismus, Rassismus oder Nationalismus auskommt.

Und was muss sich an der Gesellschaft ändern?

Auf einer sehr grundsätzlichen Ebene bedürfte es vermutlich tiefgreifender gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Veränderungen, um die Entstehung autoritätsgebundener Persönlichkeitsstrukturen zu verhindern. Eine Position zu dieser Frage formulierte der Philosoph Max Horkheimer, wie Adorno, Fromm und Löwenthal ein Vertreter der sogenannten *Frankfurter Schule*, am Vorabend des Zweiten Weltkrieges so: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ Aus deren Sicht sind es vor allem die kapitalistische Produktionsweise und die damit einhergehende permanente narzisstische Kränkung, die die Ausbildung autoritärer Charakterstrukturen befördern. Dies drückt sich häufig nicht zuletzt in einer repressiven und von menschlicher Kälte geprägten Erziehung aus: Wo eigentlich die Abwesenheit von Angst und die Förderung von Reflexion und vernünftiger Selbstbestimmung im Vordergrund stehen sollten, herrscht oft Bevormundung, Gewalt oder Gleichgültigkeit.

Sicherlich können sozialstaatliche Maßnahmen die existenziellen Ängste und Zwänge, denen viele Menschen ausgesetzt sind, zu einem gewissen Teil verringern. Aufheben können sie diese indes nicht, weil diese materielle und psychische Instabilität eben zwangsläufig aus den allgemeinen Lebensbedingungen im Kapitalismus resultiert.

//

„Rechtsextreme Morde sollen offiziell anerkannt werden“



Gedenkaktion am 24. August 2020 in Koblenz (Foto: Max Gerlach)

Nicht nur 2020 tötete ein Neonazi in Zweibrücken einen Menschen. Anfang der 1990er-Jahre fanden allein in der Großregion Koblenz drei Menschen den Tod durch Rechtsextreme. Das Gedenken hält hier unter anderem die *Initiative Kein Vergessen* wach.

Sie erinnern jährlich an Frank Bönisch, der 1992 in Koblenz getötet wurde. Was ist damals passiert?

Ein stadtbekannter Neonazi schoss am 24. August 1992 mit der Waffe seines Vaters auf eine

Menschengruppe auf dem Zentralplatz und verfeuerte das gesamte Magazin. Er traf mehrere Menschen, Frank Bönisch verstarb noch vor Ort. Der Zentralplatz war damals ein Treffpunkt von Punks, Alternativen, Obdachlosen und Drogenkonsument*innen. Bönisch hielt sich dort öfters auf. Er war 35 Jahre alt und hatte keinen gemeldeten Wohnsitz, daher wird er der Opfergruppe der Obdachlosen zugerechnet. Menschen, die ihn kannten, beschreiben Bönisch als „Alternativen“, der gerne Gitarre spielte und sich auch an Anti-Nazi-Aktionen beteiligte. Die Tat fand zeitgleich zu den rassistischen und antiziganistischen Pogromen in Rostock-Lichtenhagen nach

der Wiedervereinigung statt. Das Gericht urteilte später, dass der Täter aus „Hass auf Obdachlose/ Sozial Randständige“ gehandelt hat.

Wie sieht Ihre Erinnerungsarbeit aus?

Die Erinnerung an Frank Bönisch und den Anschlag auf dem Zentralplatz ordnen wir stets in den politischen und gesellschaftlichen Kontext zum Zeitpunkt der Tat ein und schlagen einen Bogen zu den aktuellen Verhältnissen. Auch heute gibt es noch rechte Gewalt und menschenfeindliche Diskurse. Wir benennen und kritisieren diese bei politischen Stadtrundgängen, der Erinnerungsarbeit und bei (Bildungs-)Veranstaltungen wie unserer jährlichen Veranstaltungsreihe rund um den Jahrestag des Anschlags. Mit Konzerten und anderen Kulturveranstaltungen wollen wir parallel dazu antifaschistische Gegenkultur stärken.

Auch das Thema Abwertung von Obdachlosen ist uns wichtig. Abwertung von Obdachlosen gibt es nicht nur bei rechten Menschen. Dazu kommt, dass es 2018 in Koblenz einen weiteren Mord an einem Obdachlosen gab, der bis heute nicht aufgeklärt werden konnte.

Wir sind eine Initiative mit klarem antifaschistischen Anspruch und werden von der Zivilgesellschaft sowie städtischen Gremien unterstützt, so ist etwa der Beirat für Integration und Migration der Stadt Koblenz von Beginn an beteiligt.

Auch Jugendliche aus einem städtischen Jugendzentrum sind regelmäßig mit dabei und werden von den Sozialarbeiter*innen empowert.

Für andere sind wir und unser Tun allerdings ein Dorn im Auge. So wurden wir bei einer unserer ersten Aktionen 2011 von Neonazis des Aktionsbüro Mittelrhein gestört und 2018 wurde die Gedenkplatte von unbekanntem Täter*innen beschmutzt.

In Koblenz waren Sie erfolgreich, seit 2013 erinnert dort ebendiese Gedenkplatte an Frank Bönisch. Wie sieht es in Hachenburg und Bad Breisig aus?

Schon kurz nach der Wiedervereinigung hatte es im Westerwald einen Mord gegeben. Der 17-jährige Geflüchtete Nihad Yusufoglu wurde in Hachenburg bei einer Auseinandersetzung von Neonazis erstochen. Für ihn gibt es bereits seit längerem eine Gedenkplatte. Das Gedenken an Nihad Yusufoglu war für unsere Initiative ein entscheidender Impuls, in Koblenz zum Thema rechte Morde zu arbeiten.

In Bad Breisig wurde der Obdachlose Dieter Klaus Klein nachts im Stadtpark von Neonazis umgebracht, wenige Wochen vor dem Anschlag in Koblenz. Dort ist die Situation etwas anders, es gibt in der Stadt aktuell keine Gedenktafel oder Ähnliches zur Erinnerung. Die Beschäftigung mit der Tat wird jedoch seit mehreren Jahren von lokalen Akteur*innen vorangetrieben und der Umgang mit ihr wird in der Stadt kontrovers diskutiert.

In Koblenz und Hachenburg erinnern Menschen aus Lokalpolitik und Verwaltung gemeinsam mit den lokalen Initiativen, obwohl beide Taten nicht offiziell von der Bundesregierung als rechtsextreme Morde anerkannt sind.

Rechtsextreme ermorden auch heute noch Menschen, zuletzt beispielsweise in Halle, Hanau und im pfälzischen Zweibrücken. Ist zumindest die Gesellschaft sensibler für Rechtsextremismus geworden?

Ehrlich gesagt sind wir zwei, die das Interview machen, vielleicht nicht die Richtigen, um diese



Gedenkplatte für den ermordeten Frank Bönisch in Koblenz (Foto: Max Gerlach)



Todesopfer rechtsextremer Gewalt (Foto: Max Gerlach)

Frage zu beantworten, da wir in den 1990ern noch im Kindergarten waren.

Wir wissen aber, dass es nach den Morden in Hachenburg und Koblenz große Demonstrationen gab, an denen jeweils weit über tausend Menschen teilgenommen haben. Und es haben sich Anfang der 1990er in der Region Menschen zu an-

tifaschistischen Gruppen und Initiativen zusammengeschlossen, um der damals starken und gewalttätigen Naziszene etwas entgegenzusetzen.

Was wünschen Sie sich von Politik, Zivilgesellschaft und Stadtverwaltungen für die Zukunft?

Wir fordern, dass die Morde in Rheinland-Pfalz offiziell von der Bundesregierung als Taten rechter Gewalt anerkannt werden. Diese Anerkennung ist wichtig, um rechte Gewalt sichtbar zu machen; um Nihad Yusufoglu, Dieter Klaus Klein und Frank Bönisch als Opfer einer neonazistischen Ideologie anzuerkennen; um anzuerkennen, dass rechte Ideologie nicht mit 1945 verschwunden

ist. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass Verdachtsfälle neu überprüft werden. Die Bundesländer Brandenburg und Berlin haben dies nach der Selbstenttarnung des NSU getan, in Rheinland-Pfalz ist bisher nichts passiert.

//

// Rechtsextremismus im Internet

24/7 Mobilisierungs-, Rekrutierungs- und Propagandaplattform

Parteien und Kameradschaften nutzen Webseiten und soziale Medien seit Jahren zur Verbreitung ihrer Ideologie und nicht zuletzt tausende von verschwörungsgläubigen Corona-Rebell:innen richten sich in ihrer Parallelwelt bei *Telegram* ein. Politisch Engagierte berichten zudem von zahllosen rechten Hass-Mails und Bedrohungen. Wie tritt der Rechtsextremismus im Internet auf und wie kann die Zivilgesellschaft dem online begegnen? Darüber sprechen wir mit jugendschutz.net.



jugendschutz.net ist das gemeinsame Kompetenzzentrum von Bund und Ländern für den Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet.

Die Jugendministerien haben die Stelle 1997 gegründet und finanzieren sie seit 2003 gemeinsam mit den Landesmedienanstalten. Zum Thema haben sie unter anderem die Handreichungen „Rechtsextreme rekrutieren auf allen Kanälen“ und „Corona-Pandemie und rechtsextreme Online-Propaganda“ veröffentlicht. Hinweise auf potenziell unzulässige Online-Inhalte nehmen sie unter www.jugendschutz.net/hotline entgegen.

Wie verhalten sich rechtsextreme Akteur:innen im Netz?

Rechtsextreme nutzen das komplette Spektrum der Online-Möglichkeiten für ihre Zwecke. *Facebook* dient Rechtsextremen als Socialising-Instrument, *Twitter* zur kurzen und aktuellen Information der Gefolgschaft und *Youtube* zur Verbreitung von Aktions-, Mobilisierungs- und

Musikvideos. Neue Musik von rechtsextremen Bands findet sich bei Diensten wie *Bandcamp* und *Soundcloud*, über *Instagram* werden persönliche Eindrücke vermittelt, bei *Tumblr* weltanschauliche Collagen und hippe Memes gestreut. Mit *Whatsapp*, *Snapchat*, *Telegram* und der Konferenz-Software *Teamspeak* setzt die Szene auf Kommunikationstrends und unmittelbare Kontaktpflege.

Die großen sozialen Netzwerke beachten den Kinder- und Jugendschutz stärker und die Betreiber:innen löschen strafbare oder rassistische Inhalte. Das Erreichen des Ziels, junge Menschen zu beeinflussen, wird dadurch zwar nicht verhindert, aber erheblich erschwert. Deswegen suchen sich Rechtsextreme Ausweichplattformen wie das russische soziale Netzwerk *VK*, um besonders drastische und in Deutschland strafbare Inhalte zu verbreiten.

Das Internet dient Rechtsextremen rund um die Uhr als virtuelle Mobilisierungs-, Rekrutierungs- und Propagandaplattform. Hier vermarkten sie außerdem Kleidung und Musik. Und sie nutzen das Netz als Rückzugs- und Organisationsraum für klandestine Treffen und Absprachen.

Hinzu kommen Hasskommentare, die – das belegen viele Studien – häufig nur von einer sehr kleinen Gruppe von User:innen stammen. Durch „Troll“-Strategien wie das vielfache Teilen von Inhalten, das Nutzen von Fake-Accounts und gegenseitiges Liken erzeugen Rechtsextreme aber die Illusion einer rechten Meinungsmehrheit.

Wie greift rechtsextreme Propaganda die Corona-Pandemie auf?

Rechtsextreme versuchen, an den bestehenden Ängsten und Sorgen von Jugendlichen mit ihrer Propaganda anzudocken. Dabei greifen sie bereits existierende Verschwörungsmymen und gesellschaftlich verbreitete rassistische Vorurteile auf, die sie auf die aktuelle Situation anwenden. Gerade die großen, bei Jugendlichen beliebten sozialen Netzwerke wie *Youtube* und *Instagram* sind öffentlicher Teil dieser Strategie, während andere Plattformen wie *Telegram* oder *VK* vor allem die eigene „Filterblase“ bestärken, befeuern und mit immer neuem Nachschub für Hass-Postings versorgen. Neben jahrelang aktiven Rechtsextremen stellen auch solche Influencer:innen und Stars, die selber Verschwörungsmymen verbreiten, eine Gefahr für jugendliche Internetnutzer dar. Jugendliche hinterfragen diese Vertrauenspersonen häufig noch weniger.

Vor welche Herausforderungen stellt der Rechtsextremismus Kinder und Jugendliche im Umgang mit dem Internet?

Für alle Nutzer:innen von sozialen Netzwerken ist es notwendig, Inhalte korrekt einzuordnen und einzuschätzen, also Falschmeldungen zu erkennen, Hassbotschaften zu dekonstruieren und Inhalte, die Kinder und Jugendliche gefährden, als solche wahrzunehmen. Insbesondere Kinder und Jugendliche müssen deswegen bestärkt und gefördert werden im kritischen und medienkompetenten Umgang mit dem Internet. Plattformen sind wiederum gefragt, durch das Einblenden von Hinweisen auf Fake News hinzuweisen und ergänzende Links zu gesicherten Informationen bereitzustellen.

Generell stehen alle Online-User:innen vor diesen Herausforderungen. Aktuelle Zahlen zeigen, dass ein Fünftel von ihnen einfachen Welterklärungsmodellen und Verschwörungsmymen bis hin zu antisemitischen und anderen Verschwörungstheorien anhängt, statt diese Inhalte kritisch einzuordnen.

Was kann ich tun, wenn sich Heranwachsende in rechtsextremen Blasen im Internet bewegen?

Das ist eine gute Frage, auf die es leider keine einfache Antwort gibt. Hier gilt es, genau hinzuschauen, wer das macht und was die Gründe dafür sind. Je nachdem ist ein anderer Umgang nötig. Das Spektrum reicht dabei von Jugendlichen, die anderen Verschwörungsvideos zeigen, weil sie ein:e Influencer:in empfohlen hat, über Heranwachsende, die damit provozieren wollen, bis hin zu jungen Menschen mit einer gefestigten rechtsextremen Weltanschauung, die Anhänger:innen rekrutieren wollen. Dazu kommt die Frage, wie diese Aktivitäten von anderen aufgenommen werden. Gibt es eine kritische Auseinandersetzung, gar Ablehnung oder Bewunderung und Zustimmung? Dann ließe sich gegebenenfalls auch die Gruppe als Korrektiv nutzen.

Auch wenn es hier keine Allgemeinlösung gibt, ist es grundsätzlich richtig, Hass und Hetze klar und verständlich, und vor allem öffentlich wahrnehmbar, zu widersprechen. Hilfreich kann es sein, alternative Perspektiven und andere Bewertungen eines Vorfalls aufzuzeigen sowie rechtsextreme Propaganda zu dekonstruieren, um so ihre menschenverachtenden Konsequenzen offenzulegen.

Was kann ich tun, wenn mir selbst Rechtsextremismus im Netz begegnet?

Offline haben wir für uns persönlich rote Linien – wenn die überschritten werden, reagieren wir darauf zum Beispiel mit Widerrede oder Gesprächsabbruch. Analog dazu müssen wir auch im Internet Rassismus, Hass und Hetze entgegenreten und so Online-Zivilcourage zu zeigen. Schweigen ist hier auch eine Form der Zustimmung, die zur Normalisierung von Hass, Hetze und verbaler Gewalt führt.

Entschlossene Gegenrede und Widerspruch können die Illusion einer rechten Meinungsmehrheit erschüttern und ihr so die scheinbare Übermacht nehmen. Schon ein schnell getippter Kommentar hat daran seinen Anteil. Und dieser Kommentar kann Dritte erreichen und sie zum Nachdenken bringen. Wir dürfen nicht vergessen, dass ein Großteil der Internetuser:innen lediglich liest, ohne sich selbst aktiv in Kommentarspalten zu beteiligen. Darüber hinaus bieten die großen Social-Media-Plattformen die Möglichkeit, Inhalte zu melden, die menschenverachtend oder auch potenziell strafbar sind. User tragen so mit dazu bei, dass die Community, in der sie aktiv sind, kein Platz für Rassist:innen wird.

Schließlich bestehen noch die Möglichkeiten, einen Hinweis an [jugendschutz.net](https://www.jugendschutz.net) zu senden oder direkt eine Strafanzeige bei der Polizei zu stellen, zum Beispiel bei einer Online-Wache.

Was macht jugendschutz.net?

Die Grundlage unserer Arbeit ist der Jugendmedienschutzstaatsvertrag, in dem wir als Stelle auch explizit genannt sind. Unser Ziel ist es, Kindern und Jugendlichen ein sicheres Aufwachsen mit Medien zu ermöglichen und den gesetzlichen Kinder- und Jugendschutz im Internet durchzusetzen. Das bedeutet, [jugendschutz.net](https://www.jugendschutz.net) wird nur da aktiv, wo tatsächlich Gesetze in den Bereichen politischer Extremismus, sexuelle Ausbeutung, Gewaltdarstellungen oder Online-Spiele überschritten werden. Wir haben einen direkten Draht zu den Betreiber:innen und können jugendgefährdende oder volksverhetzende Inhalte so noch einmal

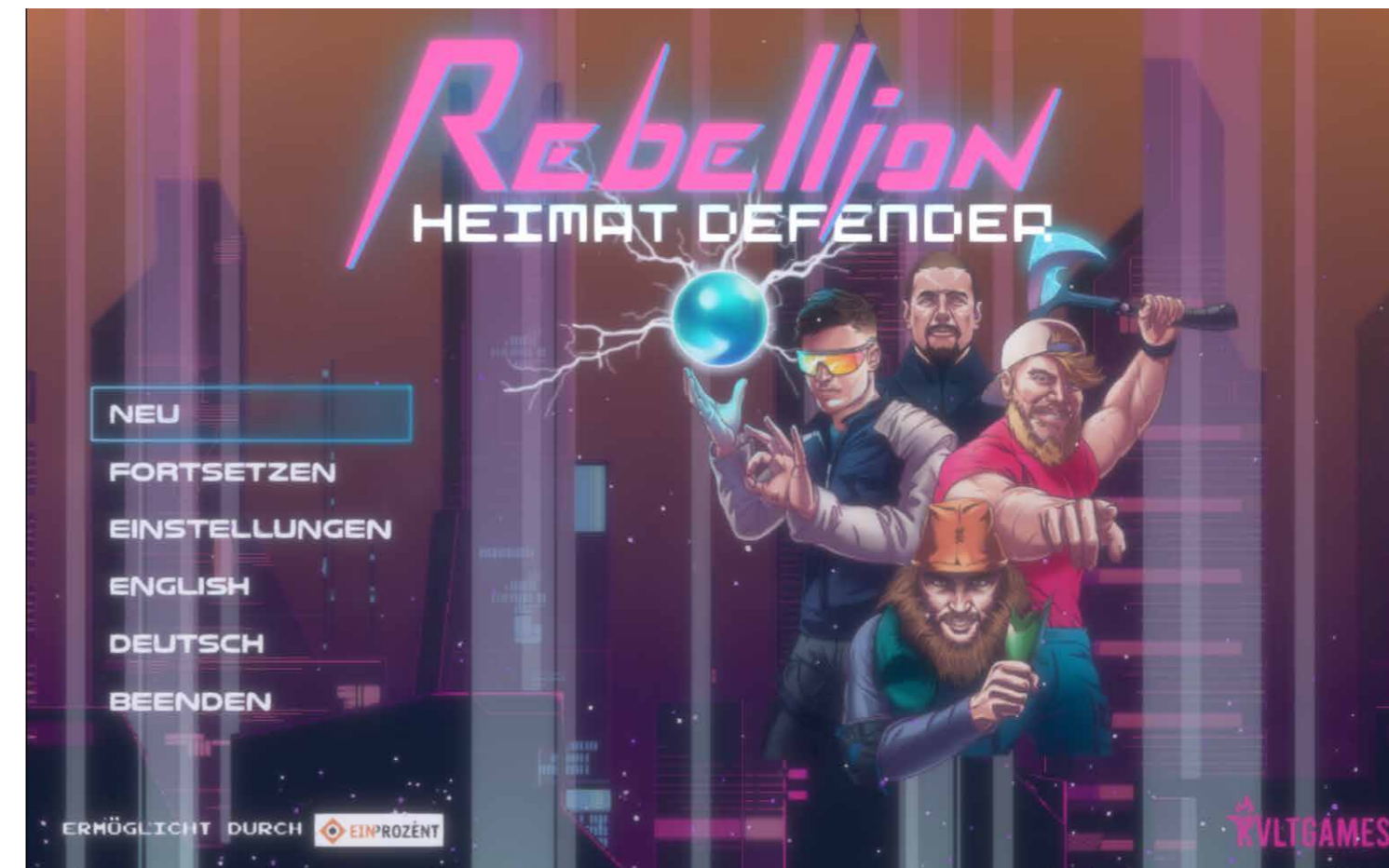
schneller entfernen lassen, als es oft über die bei den Plattformen üblichen Meldeverfahren geschieht. In besonders extremen Fällen, und wenn ein:e deutsche:r Verursacher:in ermittelbar ist, unterstützen wir Aufsichtsverfahren der Landesmedienanstalten, die oft mit einem hohen Bußgeld enden.

Des Weiteren beobachten wir kontinuierlich jugendrelevante Online-Inhalte, zum Beispiel in sozialen Netzwerken, um mögliche Gefahren einschätzen und bei Verstößen umgehend aktiv werden zu können. Darüber hinaus dokumentieren wir, welchen Risiken Kinder und Jugendliche in verschiedenen Online-Bereichen ausgesetzt sind, und stellen diese Erkenntnisse Praktiker:innen aus der Kinder- und Jugendarbeit und politischen Akteur:innen zur Verfügung. Dies geschieht beispielsweise im Rahmen von medienpädagogischen Veranstaltungen, Vorträgen und Veröffentlichungen.

//

Interview mit dem Medienwissenschaftler Matthias Köberlein

Rechtsextreme Gamer:innen



Das 2D-Jump'n'Run-Spiel der *Identitären Bewegung* richtet sich an ältere Gamer:innen und setzt rechten Akteuren ein digitales Denkmal (Screenshot: Heimat Defender/Ein Prozent e.V.)

Gaming erfreut sich allgemein großer Beliebtheit, doch auch im Zusammenhang mit Rechtsextremismus und -terrorismus macht es immer wieder Schlagzeilen. Beispielsweise inszenierte der Attentäter aus Halle seinen Anschlag auf die Synagoge wie ein Computerspiel. Mit dem Medienwissenschaftler Matthias Köberlein sprechen wir über die Bedeutung von Games für den Rechtsextremismus.

Ein der Identitären Bewegung (IB) nahestehender Verein hat im Sep-

tember 2020 ein eigenes Jump-'n'-Run-Spiel veröffentlicht, in dem man auch den Trierer Youtuber „Outdoor Illner“ spielen kann. Welche Zwecke erfüllt Gaming für den Rechtsextremismus?

Rechtsextreme nutzen Gaming, wie auch andere Mediengattungen, zur Eigenwerbung und um Menschen an die Ideologie heranzuführen. „Heimat Defender“ dient aber nicht unbedingt dazu, Kinder und Jugendliche anzusprechen. Die

Machart des Spiels passt in die 1990er-Jahre, wodurch vor allem Gamer:innen im Alter zwischen dreißig und vierzig angesprochen werden. Es dient also eher der Identitätsstiftung und Unterhaltung der rechten Szene. Szenegrößen wird ein digitales Denkmal gesetzt, indem die Spieler:innen „Outdoor Illner“, Martin Sellner, Götz Kubitschek und andere als Charaktere auswählen können. Das Spiel war zwar nur kurz auf der Vertriebsplattform *Steam* verfügbar, bevor es entfernt wurde, man kann es aber immer noch im Internet kostenlos herunterladen. Auf *Youtube* sind „Let's Play“-Videos zu finden. Die Herausgeber:innen vertreiben auch Merchandise zum Spiel, das in das moderne Image der IB passt. Sie wollen weg von Glatze und Springerstiefeln und erfinden sich stattdessen als Hipster:innen-Faschos oder, wie hier, als Nerds. Nicht zu vergessen: Der Verkauf von Werbematerial zum Spiel bringt Geld ein.

Den rechtsextremen Anschlag in Halle streamte der Täter aus Halle live bei Twitch, wo Zuschauer:innen ihm aus der Ego-Ansicht folgen konnten. Auf seinem Computer fand man später eine Liste mit sogenannten Achievements („Erfolgen“): Es wurden Punkte verteilt für ermordete „Juden, Muslime, Christen, Kommunisten und Schwarze“. Woher kommt diese „Gamification“ des rechten Terrorismus?

Zum einen ist Gamification eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Insofern ist es also nicht verwunderlich, dass auch Terrorismus Elemente davon übernimmt. Uns bestürzt und provoziert hier besonders der Kontrast: Spielen an sich hat für uns Menschen traditionell etwas Unschuldiges. Ähnlich verhält es sich ja auch mit dem NSU-Bekannter:innenvideo, in dem die Zeichentrickfigur Paulchen Panther vorkommt. Die Rechtsextremist:innen provozieren durch solche Kontraste.

Zum anderen sind die Ästhetik und Spielmechanik von Ego-Shootern kompatibel mit Amokläufen wie dem in Halle. Die Täter nutzen für ihre „PR“ in erster Linie offensichtlich diejenigen Mediengattungen, die sie selbst gut kennen – sei es Streaming (Christchurch und Halle, beide 2019), ein Offline-Video (NSU, 2011) oder ein Be-

kennerschreiben (Norwegen, 2011).

Das Weltbild der genannten Täter ist gekennzeichnet von Antisemitismus, Rassismus und Antifeminismus. Die Journalisten Jean-Philipp Baeck und Andreas Speit haben darauf hingewiesen, dass der Begriff des Ego-Shooters auch den Tätertypus charakterisiert. Eine große Rolle spielt auch ein gestörtes Selbstbild, also Selbsthass, Selbstmitleid und eine gekränkte Männlichkeit.

In das Klassifikationssystem für Krankheiten der WHO, die ICD, wurde zuletzt exzessives Gaming als Störungsbild aufgenommen. Exzessives Gaming kann eine Verhaltensstörung sein. Das heißt aber nicht, dass es einen direkten Zusammenhang von Gaming und Gewalt im analogen Leben gibt. Wir sollten da nicht immer wieder in die „Killerspiel“-Debatte der 2000er-Jahre zurückfallen. Rund die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland spielt regelmäßig Videospiele. Auf dieser Grundlage hat die Forschung zu Phänomenen rund um digitale Spiele eine hohe Relevanz und wird hoffentlich in Zukunft dazu beitragen, Fragen nach den sozialen Folgen von Gaming umfassender beantworten zu können.

Ein Bekennerschreiben des Täters aus Halle fand man auf Meguca, einem „Imageboard“. Immer wieder stehen Internetforen wie dieses im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Gewalt und Terrorismus. Welche Bedeutung haben sie?

Imageboards oder „Chans“ sind anonyme Internetforen. Das Besondere an diesen Plattformen ist, dass sie de facto ohne Kontrolle auskommen. Keine soziale Kontrolle, keine staatliche Kontrolle, keine Kontrolle durch die Betreiber:innen. In Imageboards sehen wir Effekte verstärkt, die sich im Internet als Ganzem auch feststellen lassen: Filterblasen, Echo-Kammern, Enthemmung. Die Autorin Julia Ebner nennt die neuen Technologien „Radikalisierungsmaschinen“. Sicher, es hat schon lange solche Effekte auch im analogen Raum gegeben. Aber das Internet verstärkt sie – und auf Imageboards trifft das ganz besonders zu.

Bei großen Social-Media-Plattformen wie *Facebook* oder *Twitter* wirkt die soziale Kontrolle

alleine schon dadurch, dass diese Medien von weiten Teilen der Bevölkerung genutzt werden. Es hemmt Nutzer:innen, wenn zum Beispiel Familienmitglieder deren rechtsextreme Posts lesen könnten. Und *Facebook* und Co. sind so bekannt, dass die Strafverfolgungsbehörden sie ein bisschen ernst nehmen. Durch gesetzliche Regelungen wie das Netzwerkdurchsetzungsgesetz werden die Anbieter:innen mehr in die Verantwortung genommen.

In diesen Ecken des Internets scheint nun auch der Hass auf Frauen ein wesentliches Element zu sein. Eine Szene bezeichnet sich selbst als „Incels“, also als „involuntary celibates“ (unfreiwillig sexuell enthaltsame Männer). Auch die Täter aus Halle und Hanau werden dieser Szene zugerechnet. Woher rührt der Frauenhass der Incels?

Incels definieren sich selbst als sexuell inaktiv. Dafür machen sie ihre eigenen angeblich unmännlichen Gene, den Feminismus und attraktive Menschen – „Chads“ und „Stacys“ – verantwortlich. Sie sind der Meinung, dass attraktive Frauen Sex benutzen, um Männer gefügig zu machen. Der Feminismus sei dabei behilflich. Sie wünschen sich einen gesellschaftlichen Zustand zurück, in dem die Dominanz der Männer über die Frauen noch viel stärker war als heute. Dazu ziehen sie das falsche Argument heran, dieses System habe sich bewährt.

Wenn das Männerbild eines heroischen Gewinertypen nun auf das Selbstbild eines heranwachsenden Gamer-Nerds trifft, erzeugt das einen starken inneren Konflikt. Hinweise auf das Selbstbild liefern die „Memes“ der Szene. Memes sind humoristische Kombinationen von Bild und Text, die in der Netzkultur sehr verbreitet sind. Wenn man ihren eigenen Memes glaubt, sind Incels picklig, unsportlich und halten sich gebeugt. Diese jungen Männer haben in ihren eigenen Augen versagt. Sie reagieren nun nicht damit, ihr Weltbild anzupassen, zum Beispiel die vorherrschenden Schönheitsideale zu hinterfragen, sondern bauen sich eine antifeministische Verschwörungserzählung. Insbesondere machen sie attraktive Frauen für ihr Unglück verantwortlich. Sie als weiße Männer sind angeblich ganz arm dran – so rechtfertigen sie ihren Hass.

Der „Incel-Kult“, wie Veronika Kracher das Phänomen nennt, hat auch religiöse Züge, er ist ein Opferkult. Sexismus und soziale Verlustängste sind seit eh und je ein Element von Rechtsextremismus. Das passt alles gut zusammen. Und einige greifen dann sogar zur Waffe. Auch beim Thema Incels ist die Forschung noch recht jung und meine Antwort muss auch hier eine Momentaufnahme bleiben. Wir haben zum Beispiel praktisch keine gesicherten Aussagen darüber, wie groß die Gruppe der Incels ist.

Übrigens hat die Welt der Videospiele:innen in der „Gamergate“-Kontroverse auch massiv ihre misogynen Fratze gezeigt. Ab dem Jahr 2014 hatten in den USA, aber auch weltweit, Feminist:innen auf die massiven Sexismus-Probleme in der Produktion von Videospiele, den Medieninhalten und auch der Community hingewiesen. Anschließend sind sie mit sexistischen Shitstorms und Drohungen bei *Twitter* und Co. überhäuft worden. Heute finden sich viele der „Hater“ von damals in der US-amerikanischen Alt-Right-Bewegung wieder.

Haben die Sicherheitsbehörden die Incel-Szene ausreichend im Blick?

Mitte 2020 hat das Innenministerium in Hessen auf eine kleine Anfrage geantwortet, das Landesamt für Verfassungsschutz würde die Incel-Szene nicht beobachten, sondern nur Rechtsextreme, die zufällig auch in der Incel-Szene sind. Im wissenschaftlichen Diskurs ist Frauenfeindlichkeit als wesentliches Element des Rechtsextremismus einigermaßen angekommen – aber noch nicht bei den Verfassungsschützer:innen.

Vom Bundesverfassungsschutz und aus den anderen Ländern weiß ich das nicht. Ich vermute aber eher nicht, dass sie die Incel-Szene im Blick haben. Mein frommer Wunsch: Es müsste ja insbesondere während der Corona-Pandemie wenigstens ein Transfer der analogen Methoden der Behörden in die digitale Welt stattfinden, also Informant:innen in Online-Communitys platziert werden – genau, wie man es zum Beispiel auch in der Rechtsrockszene oder der NPJ macht.

Was die Polizei betrifft, lässt sich beobachten, dass sexistische Anfeindungen über Online-

Medien zu wenig ernst genommen werden. Organisationen wie *HateAid* mahnen das an. Dass die Polizei ein Problem mit Diskriminierung hat, will unser Bundesinnenminister aber bekanntlich nicht wahrhaben.

Was kann die Zivilgesellschaft tun, um die Gamer:innen-Szene und Imageboards zu demokratisieren und so weiteren Anschlägen entgegenzuwirken?

Wenn etwa die Hälfte der Bevölkerung regelmäßig digitale Spiele nutzt, dann ist das keine begrenzte Szene mehr. Es gibt ja auch keine Fernseh-Szene. Was aber richtig ist: Videospie-

le sollten als Medium und als Teil von Lebenswelten ernst genommen werden. Dazu gehört auf realpolitischer Ebene zuallererst: Das Verkehrsministerium sollte die Zuständigkeit für Games an die Staatsministerin für Kultur und Medien abgeben.

Und die Imageboards: Dass es ungezügelte Räume im Internet gibt, lässt sich in einer offenen Gesellschaft nicht vermeiden. Das ist auch gar nicht wünschenswert. Gut wäre es, mehr Wert auf politische Bildung und die Förderung von Medienkompetenz zu legen. Denn nur dann ist Zivilcourage im Netz auch realistisch zu erwarten.

//



Matthias Köberlein hat in Trier Medien- und Politikwissenschaft studiert. Von 2019 bis 2021 absolvierte er ein Volontariat mit dem Schwerpunkt auf digitale Spiele bei der Bundeszentrale für politische Bildung.



Literatur:

// Ebner, Julia (2019): Radikalisierungsmaschinen. Wie Extremisten die neuen Technologien nutzen und uns manipulieren, Berlin: Suhrkamp Verlag.

// Kracher, Veronika (2020): Incels. Geschichte, Sprache und Ideologie eines Online-Kults, Mainz: Ventil Verlag.

// Baeck, Jean-Philipp / Speit, Andreas (2020): Rechte Ego-Shooter. Von der virtuellen Hetze zum Livestream-Attentat, Berlin: Ch. Links Verlag.

Interview mit dem Leiter der Landauer *Rheinpfalz*-Redaktion, Sebastian Böckmann

„Bedrohungslisten sind Bestätigung und Ansporn weiterzumachen“



Anhänger:innen von Myriam Kern demonstrieren in Landau vor der *Rheinpfalz*, auch Gegendemonstrant:innen sind gekommen (Foto: Paul van Schie)

Als „Lügenpresse“ schmähen Rechtsextreme unabhängige Medien, bei Versammlungen bedrängen sie Journalist:innen oder stellen ihnen nach. Ein Redakteur der *Rheinpfalz* steht sogar auf einer rechtsextremen „Bedrohungsliste“. Die Pfälzer Tageszeitung berichtet aber unbeirrt weiter über Rechtsextremismus. Über ihre journalistische Arbeit sprachen wir mit dem Leiter der Landauer *Rheinpfalz*-Redaktion, Sebastian Böckmann.

Vor Ihrer Redaktion demonstrieren im September und Oktober 2020 mehrfach Unterstützer:innen der rechtsextremen Myriam Kern. Erfüllt Sie das eher mit Stolz, weil die Berichterstattung einen wunden Punkt getroffen hat, oder mit Ärger?

Weder noch. Es ist das gute Recht der Leute zu demonstrieren – wenn sie es für nötig halten, auch gegen uns. Wir kennen allerdings auch einige der Teilnehmer von anderen Demos der rechten Szene oder durch Mail-Kontakte. Vieles kann man dann nicht mehr so ganz ernst nehmen, weil es eine krude Mischung ist. Manches ist auch einfach nur dumm und manches hört sich sogar nicht ganz gesund an. Bei etlichen hat man auch den Eindruck, die Leute haben furchtbare Langeweile und schließen sich deshalb zusammen. Wenn sie dann auch noch das Gefühl haben, selbst Märtyrerin oder Märtyrer zu sein oder zumindest Märtyrer unter sich zu haben, gibt ihnen das vermutlich wohlige Gefühle.

Welche Verantwortung kommt besonders dem Lokaljournalismus bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus zu?

Die Bekämpfung von Extremismus ist nicht unsere Aufgabe. In unseren Arbeitsverträgen heißt es sinngemäß, dass wir uns für die Demokratie einzusetzen haben. In erster Linie wollen wir Hintergründe recherchieren, Zusammenhänge aufzeigen und Vorgänge einordnen, also kommentieren. Das ist unser Job, bei diesem und bei vielen anderen Themen auch. Wir sind da als Lokaljournalistinnen und -journalisten oft nah dran, obwohl natürlich auch längst nicht alle handelnden Personen oder Mitläufer aus unserem Verbreitungsgebiet kommen. Bei Bedarf vernetzen wir uns auch mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Redaktionen oder anderen Medien.

Warum berichten Sie trotz der vielen anderen Themen so ausführlich über Rechtsextremismus?

Wir berichten viel über das Thema Rechtsextremismus, weil wir in einer Region leben, die eine heile Welt zu sein scheint. Aber immer wieder blitzen eben auch andere Seiten auf. Und auf

rechtsextremistische Tendenzen werden wir immer wieder regelrecht mit der Nase gestoßen. Es ist ja nicht so, dass die Szene heimlich und im Verborgenen agieren würde, sondern sie tut das oft mitten in der Stadt und manchmal sogar vor unserer Redaktionstür. Offenbar interessiert das Thema unsere Leser: Bei Digitalveröffentlichungen gibt es eigentlich immer sehr schnelle Reaktionen, auch aus der rechten Szene. Das müssen wir im Auge behalten und moderieren, weil auch immer wieder Entgleisungen darunter sind. Es gibt aber auch eine sehr lebhaftige Gegenrede gegen unfreundliche Postings und Leserbriefe auf Printveröffentlichungen, manchmal auch verbunden mit der Bitte, dass wir dranbleiben sollen. Das Interesse ist also da.

Ein Teil der Gesellschaft misstraut dem Journalismus, hat sich abgewendet und sucht sich eigene Wahrheiten in Telegram-Kanälen. Können Sie diese Leute noch erreichen?

Nein. Wir merken natürlich immer wieder an Reaktionen, dass die Szene unsere Beiträge liest, aber zu den Hardlinern haben wir keinen Gesprächsfaden. Es gibt aber immer mal wieder Mails oder Anrufe mit Skepsis oder Kritik. Darauf antworten wir sehr intensiv, bei Bedarf geht das auch ein paar Mal hin und her. Da hat man zumindest oft den Eindruck, dass der anfangs vielleicht recht harsche Ton deutlich freundlicher wird. Wie nachhaltig das wirkt, wissen wir aber nicht.

Ihr Redakteur Falk Reimer steht sogar auf einer „Bedrohungsliste“ Rechtsextremer – dort war auch der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke aufgeführt, bevor er 2019 ermordet wurde. Wie gehen Sie in Landau damit um?

Gelassen. Im ersten Moment hat unser Kollege Reimer vielleicht auch mal geschluckt, aber Angst hat hier keiner. Ich will solche Listen überhaupt nicht verharmlosen, aber man weiß ja, dass sie auch zur Einschüchterung erstellt werden. Insofern ist das dann auch irgendwie Bestätigung und Ansporn weiterzumachen. Generell ist die Mehrzahl unserer Leserinnen und Leser aber einfach extrem nett. Deren positive Rückmeldungen tun uns gut. Auch die gibt es im Lokalen ja immer wieder.



Demonstrant:innen zeigen Solidarität mit der Rheinpfalz (Foto: Paul van Schie)

Welche Unterstützung wünschen Sie sich von der Zivilgesellschaft und den Behörden?

Bei den eingangs von Ihnen erwähnten Demos gab es auch Gegendemonstrationen. Das ist einerseits eine nette Unterstützung, andererseits wertet es diese Szene aber eigentlich auch über Gebühr auf. Wir hatten hier aber auch schon größere Demos von Rechtsextremen, deren damaliger Anführer sein Tätigkeitsfeld jetzt ins Rechtsrheinische verlagert hat. Damals war die Zivilgesellschaft wach und auf der Straße, quer durch alle Lager. Ich bin fest davon überzeugt, dass letztlich Pfarrer und Dekan an der Stiftskirche in Landau diesen Anführer und sein Gefolge mit Glockenläuten und einer sehr gut besuchten Gegenveranstaltung vertrieben haben. Das war ein maximal frustrierendes Erlebnis für die rechte Szene, die sich im Übrigen aber wohl

auch intern zerstritten hatte. Denn die brauchen natürlich welche, die vorangehen, aber diese Anführer entwickeln dann bisweilen auch Starallüren, und das kommt bei anderen mit ähnlichen Ambitionen nicht gut an. Da gönnt sozusagen der eine dem anderen das Braune unterm Fingernagel nicht ... Die Behörden machen ihren Job, und nach meiner Einschätzung machen sie das sehr ordentlich. Wir haben unsere Ansprechpartner und werden gut informiert, ab und an auch mal präventiv. Das hilft.

//

„Wir wollen Schüler_innen Mut zusprechen, sich aktiv einzumischen“

Rechtsextremismus ist häufig nur am Rande Thema des Schulunterrichts. Das bundesweit vertretene Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) füllt diese Lücke und führt auf Einladung von Schulen und anderen Einrichtungen kostenlose Workshops für Schüler_innen ab 14 Jahren durch. Junge Menschen ab 16 Jahre können sich selbst zu Teamer_innen ausbilden lassen. Über die Arbeit in Rheinland-Pfalz sprachen wir mit dem Projektverantwortlichen Thomas Mettin.

Woran kann man erkennen, ob ein Workshop erfolgreich war?

Wenn uns zum Beispiel eine 14-jährige Schülerin nach dem Projekttag anspricht und uns sagt, wie schön es war, dass sich die Klasse endlich über Themen wie Rassismus oder Neonazismus ausgetauscht hat, ist das ein Erfolg. Oder wenn wir an Schulen kommen und sich nach unseren Projekten beispielsweise eine Antirassismus-AG gegründet hat, die an der Schule sichtbar ist. Wir machen diese Projekttage, um Schüler_innen Mut zuzusprechen, sich aktiv einzumischen. Dafür vermitteln wir ihnen Informationen, regen sie zum Nachdenken an. Wie sehr wir Schüler_innen zum Nachdenken bringen, bleibt ihr Geheimnis. Bei Schüler_innen aus rechten oder neonazistisch eingestellten Familien wäre es zu viel erwartet, mit einem Projekttag ein ganzes Weltbild umzukrempeln. Da ist der Erfolg schon, wenn interessierte Fragen die platten Parolen ablösen.

Welche zentrale Botschaft geht von euren Workshops aus?

Die eine Botschaft gibt es nicht. Es ist bei uns eher ein Dreiklang. Erstens sensibilisieren wir Schüler_innen für die Existenz von Ungleichbe-

handlung in der Gesellschaft. Eine Ungleichbehandlung, die sich an Merkmalen orientiert, für die Betroffene von Diskriminierung nichts können, für die sie sich nicht entschieden haben. Zweitens betrachten wir, wie sich solche Ungerechtigkeit auf die Lebensrealität von Menschen auswirkt. Etwa indem wir uns bewusst machen, was für Einschränkungen Menschen erleben, die aus rassistischen Gründen keine Wohnung finden oder unter besonderer Beobachtung der Gesellschaft stehen. Drittens kommen wir an jedem Projekttag auf die Handlungsebene. Wir ermutigen die Schüler_innen, sich in konkreten Situationen zu äußern und besprechen, wie sie Betroffene unterstützen können, ohne sich selbst in Gefahr zu bringen.

In unseren Workshops haben junge Menschen außerdem die Möglichkeit zur demokratischen Mitgestaltung. Unsere Didaktik ist in allen Bildungsangeboten darauf ausgelegt, äußere Störungen möglichst so weit zu klären, dass sich die Teilnehmenden auf den Prozess einlassen können. Dazu gehören Vereinbarungen zum gemeinsamen Umgang. Dass Schüler_innen sich schon zu Beginn der Projekttag darüber austauschen können, wie sie und unsere Teamer_innen miteinander sprechen und welche Regeln gelten sollen, fördert ein Gefühl der Selbstwirksamkeit, das sich durch den Projekttag zieht und das wir uns auch für den Umgang mit Diskriminierung und Neonazis wünschen.

Wie reagieren Schüler_innen auf eure Workshops?

Die meisten Schüler_innen finden es gut, dass der Projekttag kein normaler Unterricht ist. Mit zielgruppenorientierten Methoden, auflockern-

den Warm-ups und interessanten Inhalten fällt es uns leicht, einen kurzweiligen Projekttag mit den Schüler_innen zu verbringen. Natürlich sehen das nicht alle so. Manchen ist das Konzept zu verspielt oder Aushandlungsprozesse zu langwierig. Schüler_innen, die mit unseren Inhalten nicht einverstanden sind, nörgeln natürlich auch, wenn wir uns ihre Rückmeldungen einholen. Die Reaktionen bewegen sich also in einem weiten Spektrum zwischen glühender Begeisterung auf der einen Seite und einer Verweigerungshaltung bis hin zum Verlassen des Projekttags auf der anderen. In Ausnahmefällen wurden Teamer_innen auch schon angegriffen. Und das nicht nur verbal.

Häufig werdet ihr ja auch gerufen, wenn bereits ein Problem besteht. Wie geht ihr mit solchen Situationen um?

Wenn wir das vorher wissen, können wir uns darauf einstellen und entsprechend vorbereiten. Dabei kommt es stark darauf an, worin das Problem besteht. Dass Jugendliche über ein geschlossenes rechtes Weltbild verfügen, ist möglich, aber äußerst selten der Fall. Erfahrene Teamer_innen können mit Sensibilität und aufrichtiger Ernsthaftigkeit gegenüber der Zielgruppe zu einer Einschätzung kommen, ob in der Gruppe vorgefertigte Meinungen oder rechte Einstellungen vorhanden sind. Dann kann es gelingen, ein Gegenangebot zu machen. Bei Konflikten vielleicht auch eine andere Perspektive einzunehmen. Mit viel Geduld kann es auch klappen, festgefahrene Ansichten wieder verhandelbar zu machen. Dafür gibt es aber keine Garantie. Im Zweifelsfall bleibt nur die Option, die Existenz von anderen Positionen darzustellen. Was nicht funktioniert, ist die Vorstellung, man könne jungen Menschen das „Rechtssein“ ausreden. Auch junge Menschen möchten nicht von anderen gesagt bekommen, was sie richtig finden sollen. Das kann dazu führen, dass wir unsere Glaubwürdigkeit vor der Gruppe und damit jeden Zugang zum Gespräch verlieren.

Welches Angebot macht ihr zivilgesellschaftlichen Bündnissen und Initiativen?

Für Erwachsene bieten wir bundesweit Argumentations- und Handlungstrainings an, in Rhein-

land-Pfalz auch den Projekttag „Ich bin ja kein Nazi, aber...“, der sich an Multiplikator_innen richtet. Mit unserer Fortbildungsreihe „DeBi“ (Demokratiebildung im Jugendverband) möchten wir ehrenamtliche Betreuende fit für Demokratie machen. Damit richten wir uns besonders an Verbände, die mit Jugendlichen arbeiten. Gerne gehen wir im Rahmen unserer Ressourcen auch auf individuelle Wünsche aus der Zivilgesellschaft ein. Vor allem können wir aber anbieten, bei Finanzierungsfragen zu unterstützen, und dabei helfen, eine Förderung zu vermitteln. Politische Bildung darf nicht am Geld scheitern!

Wie hat sich euer Konzept in der Corona-Pandemie verändert?

Ab März 2020 wurde so ziemlich alles abgesagt und neue Projekttag nur sehr zögerlich gebucht. Deswegen haben wir begonnen, digitale Workshops zu entwickeln. Mit Beginn des Schuljahres können wir ein „DigA“ – ein „digitales Angebot“ – unterbreiten. Wir gehen davon aus, dass Corona seine Spuren im Bildungssektor hinterlässt und die Nachfrage nach digitalen Angeboten weiterhin bestehen bleibt. Pädagogisch wäre das kein Vorteil. Wir sind auf das Vertrauen der jungen Gruppen angewiesen, wenn wir mit ihnen über sensible Themen und ihre Positionen dazu sprechen wollen. Und das, obwohl unser Team zunächst völlig unbekannt auf eine bestehende Gruppe mit ihrer eigenen Geschichte trifft. Das ist in Präsenz schon eine Herausforderung, die am Bildschirm zur Zerreißprobe wird.

Was wünscht ihr euch für die Zukunft, damit eure Workshops noch erfolgreicher sein können?

In erster Linie brauchen wir ein Demokratiefördergesetz, das es Projekten wie dem NDC erlaubt, über den Förderzeitraum hinaus zu planen. Bis das so weit ist, freuen wir uns darüber, wenn motivierte Menschen den Weg zu uns finden, engagierte Lehrer_innen sich vertrauensvoll an uns wenden und die Institutionen unseren Teamenden Respekt dafür entgegenbringen, dass sie um halb fünf aufstehen, um drei Stunden später, 200 Kilometer weiter, einer unbekannteren Schulklasse Demokratie und Courage näherzubringen.

//

// Dem erstarkenden Rechtsextremismus entgegenwirken

Eine Bilanz der Mobilen Beratung

von Dominik Enders

2020 verzeichnete die *Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz* (MBR) abermals eine Steigerung des Fallaufkommens gegenüber dem Vorjahr. In insgesamt 272 (2019: 259) Fällen wurden wir als Berater:innen tätig. Viele Fälle stehen im Zusammenhang mit Aktivitäten einer organisierten rechtsextremen Szene, andere weisen darüber hinaus.

Vielfältige Beratungsanfragen

Rechtsextreme Versammlungen gehören, wie auch das Verbreiten von Propaganda, zu den typischen Versuchen rechtsextremer Akteur:innen, Präsenz zu zeigen und Einfluss auf die Öffentlichkeit zu nehmen. Wir beraten und unterstützen in solchen Fällen beispielsweise zivilgesellschaftliche Bündnisse, die sich unter anderem gegen rechtsextreme Aufmärsche in Remagen, Ingelheim und Alzey stellen. Wir moderieren Bündnistreffen, wirken bei der Zielfindung mit, helfen Handlungskompetenzen auszubauen und eine Arbeitsstruktur zu schaffen oder evaluieren diese Aktivitäten.

Generell reagieren wir auf rechtsextreme Raumnahme mit Informationsvermittlung, der Ausarbeitung von Expertisen oder mit Bildungsveranstaltungen. In letzter Zeit bemerken wir eine Zunahme von Drohungen gegen Antifaschist:innen. In diesen Fällen helfen wir, die Gefährdungslage einzuschätzen, Unterstützung zu organisieren und vermitteln an die Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt *m*power*.



Demonstration gegen einen Aufmarsch in Ingelheim (Symbolfoto: Kai Schwerdt)

Andere Beratungsanfragen haben keinen Bezug zur organisierten rechtsextremen Szene, aber berühren die Themen Diskriminierung, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit oder Autoritarismus. Zum Beispiel wenden sich Schulsozialarbeiter:innen an uns, die von rassistischer Propaganda in WhatsApp-Chats von Schüler:innen Kenntnis erlangen, sowie Einzelpersonen, die mit abwertenden Sprüchen am Arbeitsplatz oder mit Verschwörungserzählungen im Bekanntheitskreis konfrontiert sind.

Politische Bildung und Information

Personen aus Bündnissen und Organisationen und auch aus dem weiten Feld der politischen Bildung fragen uns häufig an für Vorträge zu den Themen Antifeminismus, Corona-Proteste, Neue Rechte und Diskursverschiebung, Rassismus und Verschwörungserzählungen oder zur lokalen Neonaziszene. Dazu kommen Anfragen für umfangreichere Workshops, etwa zum Umgang mit der autoritären Rechten oder Argumentations- und Zivilcourage trainings.

Zivilgesellschaftliche Akteur:innen erbitten sich von uns häufig die Vermittlung von Fachwissen, sachliche Aufklärung und Einschätzungen von Phänomenen im Bereich des Rechtsextremismus. Wir unterstützen die Zivilgesellschaft bei der Sensibilisierung, bei der Netzwerkbildung oder bei der Gewinnung von Multiplikator:innen vor Ort. Dadurch helfen wir dabei, selbst aktiv und handlungsmächtig zu werden.

Neue Herausforderungen

In der gesellschaftlichen Debatte wird Rechtsextremismus häufig als ein ausschließliches Phänomen des politischen Randes wahrgenommen. In unserer Arbeit sind wir aber nicht nur mit organisierten Neonazistrukturen konfrontiert, sondern auch mit der „Neuen Rechten“ und einer von ihr ausgehenden Diskursverschiebung. Wir erleben die Enthemmung der sogenannten politischen Mitte, das Erstarken des Antisemitismus in Verschwörungserzählungen, zunehmende Wissenschaftsfeindlichkeit und das vermehrte Verbreiten von „Fake News“. Menschenfeindliche Thesen gewinnen an Popularität, die Grenzen des Sagbaren werden erweitert und damit auch die Grenzen des Machbaren. Folgen dieser Grenzverschiebung können rechtsextreme Gewalt und Terrorismus sein.

2020 sind es besonders die aufkommenden Corona-Proteste, die eine intensive Analyse notwendig machen. Am Anfang steht die Beobachtung, dass auch Reichsbürger:innen, Rechtspopulist:innen und Rechtsextreme an den Versammlungen teilnehmen. Mittelfristig wird die MBR von Journalist:innen, Aktiven aus der Zivilgesellschaft und Behörden um Einschätzungen dazu gebeten. Notwendig sind aber auch langfristige Beratungsprozesse, beispielsweise von

Bündnissen, die sich etwa gegen *Corona-Rebellen* in Trier und Wittlich zusammengefunden haben.

Breite Vernetzung

Die MBR ist mit vielen lokalen Bündnissen, Initiativen, Arbeitskreisen und *Partnerschaften für Demokratie* vernetzt, denen zivilgesellschaftliche Akteur:innen, Verwaltungen, Lokalpolitiker:innen, Sozialarbeiter:innen sowie Personen aus Religionsgemeinschaften, Schulen, Hochschulen, Gewerkschaften und Sicherheitsbehörden angehören. So vielfältig wie diese Netzwerke sind die sich hieraus ergebenden Anfragen an uns. Über das *Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus* stehen wir auf Landesebene im Austausch mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen, die hier ihr Expert:innenwissen zum Thema Rechtsextremismus einbringen. Vernetzt ist die MBR überdies mit der *Bundesarbeitsgemeinschaft Mobile Beratung* (BAG MB). Die Netzwerke qualifizieren uns Berater:innen und helfen uns, Entwicklungen innerhalb der extremen Rechten besser zu analysieren.

Flächendeckende Ansprechpartnerin

Die MBR übernimmt Sensorentätigkeiten, indem sie rechtsextreme und menschenfeindliche Bestrebungen im gesamten Land beobachtet und hierzu recherchiert, wodurch sie lokale Aktivitäten besser einschätzen kann. Unser Angebot richtet sich an alle Personen, die sich gegen Rechtsextremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Autoritarismus engagieren oder engagieren wollen. Dort, wo es Multiplikator:innen und eine aktive Zivilgesellschaft gibt, ist die Arbeit bereits gut wahrnehmbar. Der Selbstanspruch besteht darin, nicht nur in Ballungszentren, sondern flächendeckend vor Ort zu sein, wo Unterstützung benötigt wird. Bitte wenden Sie sich an uns.

//



Dominik Enders ist Teil der *Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz*.

// Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz unterstützt alle, die mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus konfrontiert sind und sich dagegen wenden möchten. Gemeinsam werden fallspezifisch individuelle Handlungsoptionen unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten, Möglichkeiten und persönlicher Wünschen entwickelt. Die Beratung erfolgt vertraulich, das Angebot ist aufsuchend und kostenfrei.

Die Unterstützung ...

... erfolgt zum Beispiel bei folgenden Anlässen:

- Rechtsextreme verbreiten Flugblätter, schmieren Parolen oder verkleben Sticker
- Neonazis treffen sich, planen Demonstrationen oder organisieren Veranstaltungen
- Rechtspopulisten und Rechtspopulistinnen machen Stimmung gegen Geflüchtete oder Musliminnen und Muslime
- Rechtsextreme mieten oder erwerben Immobilien
- Personen verbreiten Verschwörungsideologien
- in der Schule, im Betrieb oder im Privaten äußern sich Menschen antisemitisch oder rassistisch
- Journalistinnen und Journalisten, Amts- und Mandatstragende, ehrenamtlich Engagierte oder Personen der Öffentlichkeit werden belästigt, bedroht oder bedrängt
- zivilgesellschaftlich Aktive möchten sich gegen Rechtsextremismus engagieren, stoßen dabei aber auf Probleme
- Organisationen, Institutionen oder Einrichtungen wollen ihre Handlungskompetenzen gegen Rechtsextremismus ausbauen

... richtet sich unter anderem an folgende Zielgruppen:

- Einzelpersonen
- Initiativen, Bündnisse, Runde Tische
- Vereine, Wohlfahrtsverbände, zivilgesellschaftliche Träger, Gewerkschaften, Parteien
- Religionsgemeinschaften
- Unternehmen und Ausbildungsbetriebe
- Schulen, Kindertagesstätten, Aus- und Weiterbildungsstätten
- Kommunale Gremien und Verwaltungen

... besteht beispielsweise aus:

- der fallbezogenen Erarbeitung und Umsetzung von Konzepten und Lösungsstrategien mit einzelnen Beratungsnehmenden oder Gruppen
- der Begleitung und Beratung von Einzelpersonen, Bündnissen, Initiativen und Institutionen bei
 - ▶ der Vernetzung mit anderen Akteurinnen und Akteuren
 - ▶ der Planung, Durchführung und Öffentlichkeitsarbeit von Veranstaltungen
 - ▶ Moderation von Gesprächsrunden und Veranstaltungen
 - ▶ Auswertung von Aktionen
- der Vermittlung von Fachwissen, etwa durch
 - ▶ Vorträge über Rechtsextremismus und -populismus
 - ▶ Workshops zur Sensibilisierung und zum kritischen Umgang mit Diskriminierung und Demokratiefeindlichkeit
 - ▶ Vermittlung von externen Referentinnen und Referenten sowie Experten und Expertinnen
 - ▶ Hintergrundgesprächen

Die Beratung hat das Ziel die Beratungssuchenden in ihrer Handlungsfähigkeit gegen menschenfeindliche Überzeugungen wie Rechtsextremismus, Rassismus oder Antisemitismus zu stärken. Sie ist menschenrechtsorientiert und steht für eine freie individuelle Entfaltung ohne Diskriminierung ein.

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus wird gefördert vom Bundesprogramm „**Demokratie leben!**“ und koordiniert vom **Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz**, welches im **Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung** verortet ist. Die Beraterinnen und Berater verfügen über unterschiedliche berufliche Qualifikationen und sind durch Aus- und Fortbildungen thematisch spezialisiert. Sie sind in ihrer Region bei zivilgesellschaftlichen Trägern angestellt, die Teil des Beratungsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus Rheinland-Pfalz sind.

Landeskoordinierungsstelle
Tel.: 06131 / 967 185
demokratiezentrum@lsjv.rlp.de

Nordwestpfalz
Tel.: 0157 / 56 30 64 86
beratungsknoten-ku@lsjv.rlp.de

Westerwald/Altenkirchen
Tel.: 0172 / 18 56 261
beratungsknoten-ww@lsjv.rlp.de

Südwestpfalz
Tel.: 0162 / 43 65 863
beratungsknoten-ps@lsjv.rlp.de

Koblenz/Mittelrhein
Tel.: 0173 / 3 09 78 00
beratungsknoten-ko@lsjv.rlp.de

Vorder- und Südpfalz
Tel.: 0152 / 04 76 96 51
beratungsknoten-lu@lsjv.rlp.de

Trier/Eifel
Tel.: 0176 / 30 49 12 63
beratungsknoten-tr@lsjv.rlp.de

Cochem/Rhein-Hunsrück/Rhein-Lahn
Tel.: 0162 / 43 65 868
beratungsknoten-cohula@lsjv.rlp.de

Mainz/Rheinhessen/Nahe
Tel.: 0163 / 4 14 52 36
beratungsknoten-mz@lsjv.rlp.de

Daun/Bernkastel-Wittlich/Birkenfeld
Tel.: 0172 / 39 08 923
beratungsknoten-dabebi@lsjv.rlp.de

// Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz

Das Demokratiezentrum RLP koordiniert und steuert die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus, die Ausstiegs- und Distanzierungsberatung sowie die Betroffenenberatung im Land.

Es vernetzt im Auftrag des Förderprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie und des Landes Rheinland-Pfalz Engagierte und Aktive, die sich gegen jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und für eine demokratische Gesellschaft einsetzen. Hierzu bietet das Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz Raum für Interaktionen und Austausch über die Förderung von Demokratie sowie Expertise in der Extremismusprävention und -intervention.

Neben den gesellschaftlich breit aufgestellten Netzwerken setzt das Demokratiezentrum RLP zum einen bei Jugendlichen auf seine bewährten Projekte zur Sensibilisierung, Persönlichkeitsstärkung und Distanzierung. Zum anderen bietet es Fachkräfteschulungen u.a. für die öffentliche Verwaltung, Jugendarbeit und zivilgesellschaftliche Engagierte an.

Kontakt:

Demokratiezentrum Rheinland-Pfalz
Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung –
Abteilung Landesjugendamt
Rheinallee 97-101
55118 Mainz
www.demokratiezentrum.rlp.de



// Meldestelle für menschenfeindliche, rassistische und antisemitische Vorfälle in Rheinland-Pfalz

Dokumentation und Beratersvermittlung:

Menschenfeindlich motivierte Gewalt, Bedrohungen und Einschüchterungen sind leider alltäglich. Gesellschaftlich vorhandene Vorurteile und Feindschaften sind der Nährboden für solche Taten, oftmals sind sie rechtsextrem motiviert. Ziel von rechter und menschenfeindlicher Gewalt können alle Menschen werden, die aufgrund tatsächlicher oder zugeschriebener Merkmale diesen Feindbildern entsprechen.

Bei der Meldestelle m*power können Sie als Betroffene:r oder auch als Zeug:in Vorfälle melden. Die Meldestelle dokumentiert solche Taten und vermittelt auf Wunsch passende Beratungsangebote. Die Meldestelle erstellt Lagebilder und will das Ausmaß von Anfeindungen und Gewalt sichtbar machen.

Mögliche Tatmotive für rechte Gewalt:

- Antisemitismus
- Rassismus
- Sozialdarwinismus / Feindschaft gegen Wohnungslose, sozial benachteiligte Personen oder gegen Menschen mit Behinderung
- Feindschaft gegen die sexuelle Orientierung / Identität
- Feindschaft gegen (vermeintliche) politische Gegner:innen

Vorfälle melden:

Vorfälle über die Onlineplattform melden:

www.meldestelle-rlp.de

Telefonisch: 0261 57013336

E-Mail: kontakt@meldestelle-rlp.de

Die Meldungen sind auf Wunsch anonym, wir arbeiten vertraulich und kostenfrei.



Sie sind betroffen von rassistischer oder antisemitischer Gewalt?

Wenden Sie sich gerne kostenfrei an die Betroffenenberatung m*power.
kontakt@mpower-rlp.de // www.mpower-rlp.de

inforex Nr//1
Januar 2020
Infoblatt gegen Rechtsextremismus



Verschwörungstheorien
// Einordnung und Handlungsempfehlungen

Mit rechten Protestbewegungen wie Pegida oder den Aufmärschen in Kandel wird die Attraktivität autoritärer Weiterklärungen in den letzten Jahren wieder sichtbar. Antidemokratische Einstellungen und ausschließende Wir-gegen-Die-Argumentationen werden sowohl von politischen Bewegungen als auch von Regierungen weltweit wieder lautstark vertreten.

Themenblätter der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz // Ausgabe Nr. 1 // Dezember 2019

inforex Nr//2
Juli 2020
Infoblatt gegen Rechtsextremismus



Covid-19: Die Gefahr von Verschwörungserzählungen
// Einordnung und Handlungsempfehlungen

Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie haben die Welt im Griff. Innerhalb kürzester Zeit erreichte sich ein globaler Virus-Ausbruch zu einer globalen Gesundheitskrise. Schnell folgte auch in Deutschland der „Lockdown“. Der Alltag der Bürger*innen änderte sich radikal, aber auch Grundrechte wurden temporär stark eingeschränkt; massive wirtschaftliche und soziale Problemlagen sind Folgen der Pandemie. Was die Zukunft bringen wird, ist völlig offen. Dieser Zustand sorgt bei vielen Menschen für große Unsicherheit.

Ein kleiner, aber lautstarker Teil der Bevölkerung hat in den vergangenen Wochen seine Ablehnung gegenüber den staatlichen Maßnahmen auf die Straßen und Plätze der Republik getragen. (...)

Themenblätter der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz // Ausgabe Nr. 2 // Juli 2020

inforex Nr//3
Juni 2021
Informationen gegen Rechtsextremismus



Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz
// Eine Bilanz des ersten Corona-Jahres

Broschüre der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz // Ausgabe Nr. 3 // Juni 2021

inforex Nr//4
Sommer 2021
Informationen gegen Rechtsextremismus

Ausgabe Nr//4
erscheint im
Spätsommer 2021



inforex

Broschüre der Mobilen Beratung
gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz

Broschüre der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz // Ausgabe Nr. 3 // Juni 2021
www.demokratiezentrum.rlp.de/de/inforex // Kostenfreier Bezug gedruckter Broschüren: koblenz@dgb.de